

# DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. und Global Nature Fund

[www.duh.de](http://www.duh.de), [www.globalnature.org](http://www.globalnature.org)

2|2024

**WIR KLAGEN.  
FÜRS KLIMA.  
FÜR UNS ALLE**



Deutsche Umwelthilfe

„Ich fordere Klimaschutz, weil mir das ansteigende Temperaturerisiko Angst machen.“

„Ich fordere Klimaschutz, weil es für mich kein Recht ist!“

„Ich will nicht das Klima verderben, aber...“



Deutsche Umwelthilfe

„Mehr Klimaschutz! Ich habe Angst vor sozialen Aufständen, wenn das Wasser ausgeht.“



## Bahnbrechendes Klima-Urteil

Deutschlands Städte werden heiß

Wettlauf weltweiter Windkraftindustrien

Rückschritte auf Kosten der Natur





Foto: Erdmann/DUH,

Prof. Dr. Margit Mönnecke  
Bundesvorsitzende  
Deutsche Umwelthilfe e.V.

## Liebe Leserin, lieber Leser,

der Regierung wird es wie ein Déjà-vu vorkommen: Nach unserem Sieg zu den Sofortprogrammen im November wurde sie aufgrund unserer Klagen erneut vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg verurteilt – jetzt zu einem wirksamen Maßnahmenpaket für den Klimaschutz!

Auf EU-Ebene und auch in Deutschland wurden manche Errungenschaften für Natur und Klima schon wieder zurückgedreht. Für die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudesektor und im Verkehr hat die Ampel wie auch die Vorgängerregierungen nichts getan.

Wir lassen nicht zu, dass das Narrativ vom Klimaschutz als kostenintensivem Luxusproblem vor dem Hintergrund multipler Krisen dazu führt, dringend notwendige Maßnahmen von der politischen Agenda zu verdrängen. Im Gegenteil!

Die Folgen des Klimawandels bekommen wir jedes Jahr zu spüren. Während „Jahrhunderthochwasser“ das neue Normal werden, Milliarden verschlingen, vor allem aber Existenzen und Leben kosten, begreifen offenbar zu Wenige in der Politik die Tragweite der Klimakrise. Die von uns geforderten Maßnahmen können die katastrophalen Auswirkungen der Erderhitzung noch abmildern. Auch in unseren zubetonierten Städten, in denen sich die Hitze gefährlich aufstaut.

In der vorigen DUHwelt haben wir an Harald Kächele erinnert, der 23 Jahre Vorstandsvorsitzender der DUH war. Im Mai wurde ich in das Amt der Vorsitzenden gewählt. Seit 20 Jahren war ich bereits als Mitglied des Vorstands aktiv. Dem Wunsch Haralds, den Schutz von Klima, Natur und Umwelt weiter konsequent voranzutreiben, kommen wir mit vereinten Kräften nach, von den Erfolgen lesen Sie in dieser Ausgabe.

Gemeinsam mit Ihnen werden wir weiter für zukunftsfähige politische Entscheidungen eintreten. Ich bin zuversichtlich, dass es uns mit Ihrer Unterstützung und dem Druck über die Gerichte gelingen wird, die Weichen auf Nachhaltigkeit zu stellen – und dass selbst das Verkehrsministerium noch die Kurve kriegt.

Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads "Margit Mönnecke".



Editorial

Auf ein Wort 2

Aktuell

Borkum muss Naturparadies bleiben 4

Impressum 4

Kommunale Schadstoffsammlung im Test 5

Illegales Gehwegparken ist kein Kavaliersdelikt 5

Titel

**Déjà-vu für Regierung:  
Zum Klimaschutz verurteilt** 6

Spannung lag in der Luft, als unsere Klagen gegen die Bundesregierung verhandelt wurden. Am Ende des Tages: ein Urteil mit Paukenschlag. DUH-Mitarbeiter Christoph Störmer nimmt uns mit in den Gerichtssaal.

Themen

**Städte zwischen Hitzestress und Hochwasser** 10

In Zahlen: Blau-grüne Stadt 14

Gasversorger täuschen Kunden mit Öko-Tarifen 16

Klimaschutz aus der Biotonne 17

Windenergie aus Europa in Gefahr 18

**Naturschutz unter Beschuss** 20

Stoppen Sie die Zerstörung unserer Meere! 23

Gewinnen Sie Mehrweggetränke für ein Jahr! 23

Mit Aufforstung dem Klimawandel trotzen 24

Ein Versprechen an die Zukunft 25

GNF: Crivitzer See ist Lebendiger See des Jahres.

Unternehmen verschenkt Naturschutz 26

Kunst für die Umwelt: Pränante Botschaften  
in leuchtenden Farben 27

DUH intern

Sie stellen die Weichen 28

Wir trauern um Barbara Bahle 29

Unbekannte Tierart

**Nicht ohne meine Krebschere** 30

Hochspezialisiert und daher gefährdet:  
die Grüne Mosaikjungfer.

Fotos: Charlotte Finke/DUH (0), miss\_mafalda/stock.adobe.com (u. i.), peterfodor/stock.adobe.com (u. i.), corlaffra/stock.adobe.com (u. re.)



**Titel:**

Aktion vor dem Oberverwaltungsgericht in Berlin am Tag der Verhandlung unserer Klimaklagen.

Foto: Charlotte Finke, DUH



# Borkum muss Naturparadies bleiben



**Der Kampf** um die einzigartige Natur vor der Nordseeinsel Borkum dauert an. Schon seit Jahren versucht der Energiekonzern One-Dyas, eine Genehmigung für die Ausbeutung von Gasfeldern in der Grenzregion der deutsch-niederländischen Nordsee zu bekommen. Bislang konnten unsere Partner und wir uns mehrfach vor Gericht durchsetzen und die Bohrungen verhindern.

Nachdem wir die niederländische Genehmigung für

die Bohrungen im April durch eine Klage gekippt hatten, erteilte das zuständige niederländische Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz nur einen Monat nach dem Gerichtsurteil plötzlich eine neue Genehmigung.

Auf dieser Grundlage setzte One-Dyas seine Bohrplattform in Bewegung; uns erreichten Bilder der Plattform ganz in der Nähe der Insel. Da wir weiterhin an der Rechtmäßigkeit der Bohrungen zweifeln, haben wir

zusammen mit Partnern aus den Niederlanden und Deutschland einstweiligen Rechtsschutz beantragt. In einer Anhörung vor dem höchsten niederländischen Gericht, dem Raad van State in Den Haag, hat unser Umweltschutz-Bündnis am 12. Juni 2024 erneut ein vorläufiges Verbot der geplanten Gasbohrungen vor Borkum erwirkt und das Projekt quasi in letzter Minute gestoppt. Eine abschließende Entscheidung im Eilverfahren stand

aber bei Redaktionsschluss (20. Juni 2024) noch aus.

Die geplanten Bohrungen sollen im Lebensraum streng geschützter Tierarten wie Schweinswal und Kegelrobbe stattfinden. Außerdem drohen wertvolle und einzigartige Steinriffe von großem ökologischen Wert zerstört zu werden.

Da das Gasfeld unter niederländischen und deutschen Teilen der Nordsee liegt, erfordert das Projekt auch eine Genehmigung von deutschen Behörden. Niedersachsen hat bereits eine erste Teilgenehmigung für den Bau eines Seekabels zur Energieversorgung der Bohrplattform erteilt. Auch der Bau dieses Kabels bedroht die Steinriffe. Unsere Analyse zeigt, dass diese Riffe im Genehmigungsverfahren nicht angemessen berücksichtigt wurden. Deshalb haben wir im Juni gegen die Genehmigung des Seekabels Widerspruch eingelegt. Wir rechnen damit, in einem weiteren Verfahren vor Gericht klagen zu müssen, um die Naturzerstörung abzuwenden. (jk)

## IMPRESSUM

### Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V. und des Global Nature Fund

■ **Herausgeber:** Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77, info@duh.de, www.duh.de ■ **V.i.S.d.P.:** Jürgen Resch  
 ■ **Redaktion:** Jutta Kochendörfer (jk), Andrea Kuper (ak) ■ **Autorinnen und Autoren:** Svane Bender, Hanna Buntz, Peer Cyriacks, Jörg Dürr-Pucher (jdp), Carla Geisen (cg), Ben Haacke (bh), Alena Hayer, Franziska Lange (fla), Josefina Massaglia (jm), Annika Schall (as), Eva Schellenbeck (es), Gaby Schneider (gs), Christoph Störmer, Katja Weickmann (kw), Andrea Wielath (aw), Markus Zipf (mz) ■ **Gestaltung:** Andrea Gugau

In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Femininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde, sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint.

■ **Druck:** Johnen Druck GmbH & Co. KG, Bernkastel-Kues ■ **Anzeigen:** Jutta Kochendörfer; es gilt die Anzeigenpreisliste 2024 ■ **Verlag und Vertrieb:** DUH Umweltschutz-Service GmbH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell ■ Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier ■ **Heftpreis:** 2,00 Euro

■ **Spendenkonto:** SozialBank Köln | **IBAN:** DE45370205000008190002 SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

Deutsche Umwelthilfe und Global Nature Fund werden von zahlreichen Förderern finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.



# Kommunale Schadstoffsammlung im Test

In vielen Landkreisen und Städten wird es Bürgerinnen und Bürgern schwer oder geradezu unmöglich gemacht, schadstoffhaltige Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der DUH in den Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland. Auf vielen kommunalen Wertstoffhöfen gibt es keine Annahme von Schadstoffen.

Die DUH-Tests belegen, dass lediglich 36 von 86 untersuchten Kommunen eine stationäre Schadstoffsammelstelle anbieten, wobei es vielerorts an verbraucherfreundlichen Öff-



nungszeiten und sachlich korrekter Beratung mangelt. Bei mehr als einem Drittel der Sammelstellen wurde auf Nachfrage eine Entsorgung schadstoffhaltiger Bauschaum Dosen im Gel-

ben Sack empfohlen, obwohl dies gesetzlich verboten ist.

Als „gut“ bezeichnen wir den Service von nur fünf Kommunen. Das ist besorgniserregend, weil Schadstoffe ätzende,

giftige oder gesundheitsgefährdende Wirkungen auf Menschen, Tiere und Pflanzen haben können. So können Pflanzenschutzmittel krebserregend sein, Bauschaum Dosen gesundheitsschädliches Isocyanat und Elektroaltgeräte Flammschutzmittel oder Schwermetalle enthalten.

Wir fordern alle Kommunen auf, eine stationäre Rücknahme für schadstoffhaltige Abfälle anzubieten. Haushalte müssen Schadstoffe in zumutbarer Entfernung ordnungsgemäß abgeben können. Schadstoffmobile können nur eine Ergänzung zur stationären Sammlung auf Wertstoffhöfen sein. (jk)

## Illegales Gehwegparken ist kein Kavaliersdelikt

Das Bundesverwaltungsgericht hat in einer Klage von Bremer Bürgerinnen und Bürgern entschieden, dass Betroffene Anspruch auf die Prüfung haben, ob Straßenverkehrsbehörden einschreiten müssen. Durch dieses Urteil vom vergangenen Juni sehen wir unseren Einsatz gegen illegales Geh- und Radwegparken bestätigt und rufen die Städte und Gemeinden auf, das Urteil konsequent umzusetzen und alle falsch parkenden Fahrzeuge mit einem Ordnungsgeld zu belegen oder konsequent auf Kosten der Fahrzeughalter abschleppen zu lassen. Dort wo die Straßenver-

kehrsbehörden und Ordnungsämter sich immer noch weigern, diese Gefährdung von Fußgängern zu verfolgen, empfehlen wir betroffenen Menschen, die Verstöße direkt den Ämtern zu melden und auf eine Verfolgung der Ordnungswidrigkeit zu bestehen. Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch sagt: „Illegales Geh- und Radwegparken ist kein Kavaliersdelikt. Bei Verkehrsunfällen in solch einem Zusammenhang verunglücken in Deutschland jedes Jahr knapp 10.000 Menschen.“

Als wichtigen Schritt zu mehr Sicherheit, insbesondere für Menschen mit Rollstuhl, Rollator oder Kinderwagen, fordern



wir, wo dies möglich ist, eine Gehwegbreite von mindestens 2,20 Metern. Seit vielen Jahren kritisieren wir die rechtswidrige Praxis vieler Städte und Gemeinden, rechtswidriges Parken zu tolerieren Neben Bremen dul-

den zahlreiche weitere deutsche Städte die Gefährdung von Fußgängerinnen und Fußgängern durch illegales Parken auf Gehwegen. Das zeigt eine im März 2023 veröffentlichte bundesweite Abfrage der DUH. (jk)





Lautstarke Aktion kurz vor der Gerichtsverhandlung.

## Déjà-vu für Regierung: Zum Klimaschutz verurteilt

Hinter den Klimaklagen verbirgt sich präzise Detailarbeit. Unsere Bundesgeschäftsführenden bauen die Argumentation gemeinsam mit unseren Rechtsanwältinnen auf, immer in enger Abstimmung mit DUH-Mitarbeitenden aus verschiedenen Teams. In den letzten Monaten hatte ein Team kaum eine ruhige Minute: Johanna Büchler, Lotte Miehle und Christoph Störmer haben die Klagen gegen die Bundesregierung vorbereitet. Das gesamte komplexe Geschehen läuft bei Christoph zusammen. Der Verkehrshistoriker ist seit 2022 Referent für Klimaschutz im Verkehr und Klimaklagen in der DUH. Seine Eindrücke aus der Gerichtsverhandlung am 16. Mai, in der wir erneut ein gewichtiges Klimaurteil errungen haben, teilt er in der DUHwelt.

**E**s ist nach 20 Uhr an diesem Donnerstagabend des 16. Mai als die Stimme eines uniformierten Beamten über die leeren Gänge des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg hallt. „Die Urteile in den Verfahren OVG 11 A 22/21 und OVG 11 A 31/22“, ruft der Justizwachtmeister. Die einzigen Menschen, die sich zu dieser Zeit noch in dem imposanten Gerichtsgebäude in Berlin-Charlottenburg aufhalten, sind die Prozessbeteiligten sowie ein paar Zuschauer und Journalisten. Einigen ist der lange Tag an der Erschöpfung in ihren Gesichtern abzulesen. Um sich einen Platz bei der Verhandlung zu sichern, waren viele bereits um 9 Uhr am Gericht. Im Anschluss an eine intensive Gerichtsverhandlung haben sie etwa drei Stunden ausgeharrt, während derer der 11. Senat des

Oberverwaltungsgerichts, kurz OVG, hinter verschlossenen Türen über unsere zwei Klimaklagen gegen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beraten hat.

Um genau 20:09 Uhr betritt die Vorsitzende Richterin Ariane Holle den Saal durch eine hölzerne Flügeltür hinter dem Richtertisch. Begleitet wird sie von je zwei Berufsrichterinnen und Schöffen. In schwarze Roben gekleidet stehen sie zu fünft nebeneinander hinter dem Richtertisch.

Wie bei Urteilsverkündungen üblich, erheben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen und warten schweigend darauf, dass die Richterin das Wort ergreift. Im Saal liegt eine spürbare Spannung. Darf sich die Bundesregierung hinter einem Pseudo-Klimaschutz-



programm verstecken, obwohl sie bereits bei dessen Verabschiedung im Herbst 2023 festgestellt hat, dass damit die Klimaziele nicht zu erreichen sind? Oder wird das Gericht die Bundesregierung zu einer Nachsteuerung verurteilen, wie von uns gefordert? Wir sind zu diesem Zeitpunkt zuversichtlich, dass wir die Klagen gewinnen werden. An verschiedenen Stellen hatte sich während der Verhandlung abgezeichnet, dass die Richterinnen unsere Argumente überzeugend finden.

Hintergrund: Die Aktenzeichen OVG 11 A 22/21 und OVG 11 A 31/22 betreffen zwei der wichtigsten Klimaklagen der DUH. Beide Klagen beziehen sich auf Vorgaben in Paragraph 9 des Klimaschutzgesetzes. Er verpflichtet die Bundesregierung, ein Klimaschutzprogramm zu erarbeiten – ein Maßnahmenpaket, das konkret definiert, wie Deutschland den gesetzlich bestimmten Umfang an Treibhausgasemissionen reduzieren wird. „Wir zweifeln an der Wirksamkeit des vorgelegten Pakets und fordern von der Bundesregierung ein Klimaschutzprogramm, dessen Maßnahmen konkret benannt sind und die tatsächlich ausreichen, um die Klimaziele des Gesetzes zu erreichen. Auch durch die Entkernung des Klimaschutzgesetzes kann sich die Bundesregierung nicht von dieser Pflicht befreien – sie hat Bestand“, erklärt Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Es geht in einem Fall um Maßnahmen zur Minderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Sektoren des Klimaschutzgesetzes, in dem anderen Fall um die Ziele für den sogenannten Landnutzungssektor, der natürliche CO<sub>2</sub>-Senken betrachtet, zum Beispiel intakte Moore und gesunde Wälder.

Bereits zwei Stunden zuvor hatten sich die ersten DUH-Mitarbeitenden vor dem Gericht eingefunden, um eine medienwirksame Aktion vorzubereiten. Man kann ihren Sprechchor noch kurz vor der Verhandlung bis in den Gerichtssaal hören und aus den Fenstern einen Blick auf das Spektakel erhaschen.

Kurz vor 10 Uhr begeben sich die ersten Personen in das Gericht, um sich Sitzplätze zu sichern. Dafür müssen sie zuerst die Sicherheitsschleuse am Eingang passieren und danach über die steinerne Wendeltreppe in das dritte Stockwerk gehen, wo sich der Große Saal befindet. Zur Verhandlung sind über 80 Zuschauer gekommen, darunter viele junge Menschen, um dieses für den Klimaschutz so wichtige Verfahren mitzuerleben.

Man kann sich den Großen Saal des OVG Berlin-Brandenburg in drei Bereiche gegliedert vorstellen. An der Stirnseite des Raumes befindet sich, leicht erhöht auf einer kleinen Empore, ein etwa vier Meter breiter, massiver Richtertisch mit Blick in den Saal. Mit wenigen Metern Abstand stehen frontal davor jeweils rechts und links große Tische, an denen die Beklagten – die Bundesregierung beziehungsweise ihre Vertreter – und die Kläger – wir – Platz nehmen. Hinter den Prozessbeteiligten sind etwa zehn Stuhlreihen für Zuschauer aufgebaut.

Fast auf die Minute pünktlich um 11:03 Uhr eröffnet Richterin Ariane Holle die Verhandlung. Gleich zu Beginn weist sie auf die



Im Gerichtssaal, unser Anwalt Prof. Dr. Remo Klinger und Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch präsentieren Botschaften, die uns Klimaklagen-Paten mitgegeben haben.

Wichtigkeit dieses Verfahrens hin und darauf, dass es gut ist, dass die Klage endlich verhandelt wird. Sie bezieht sich damit auf die erfolglosen Anträge der Bundesregierung, die Verhandlung noch einmal zu verschieben.

Die Bundesregierung ist mit drei Anwälten erschienen und hat außerdem sieben Experten aus vier Bundesministerien mitgebracht. Von uns sind neben unseren Anwälten Remo Klinger und Caroline Douhaire unsere drei Bundesgeschäftsführer Barbara, Jürgen und Sascha sowie meine Kollegin Johanna und ich dabei. Zu sieb sitzen wir nun also an den Tischen vor der Richterbank einer Entourage aus zehn Vertretern der Bundesregierung gegenüber. Diese zahlenmäßige Überlegenheit wird der Bundesregierung im Laufe der Verhandlung aber wenig nützen. Großen Anteil daran haben die Aussagen von Brigitte Knopf, stellvertretende Vorsitzende des Expertenrats für Klimafragen, die das Gericht als Sachverständige eingeladen hat.

Der Expertenrat hatte bereits 2023 den ersten Entwurf des Klimaschutzprogramms in einem 72-seitigem Gutachten kritisiert, weil das Programm in wesentlichen Punkten nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprach. Trotzdem hat die Bundesregierung das Klima-



Im Großen Saal des Oberverwaltungsgerichts: DUH-Bundesgeschäftsleitung und unsere Anwälte. Vlnr: Jürgen Resch, Prof. Dr. Remo Klinger, Caroline Douhaire, Sascha Müller-Kraenner und Barbara Metz



schutzprogramm später ohne wesentliche Änderungen beschlossen, wobei sie sogar selbst darauf hinwies, dass ihr Maßnahmenpaket eine Minderungslücke von zirka 200 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2030 offenlässt.

Jetzt, in der mündlichen Verhandlung, fällt der Bundesregierung gerade diese Lücke immer wieder krachend auf die Füße. Mit großer Sachkenntnis und beharrlichen Nachfragen an die Vertreter der Bundesregierung arbeitet die Vorsitzende Richterin ein klares Bild der Verstöße gegen das Klimaschutzgesetz heraus. Brigitte Knopf weist das Gericht außerdem detailliert auf mehrere methodische Mängel hin, die eine zahlenmäßige Bewertung der treibhausgasmindernden Effekte des Klimaschutzprogramms unmöglich machen. Als Beispiel nennt sie das Vorhaben, klimaschädliche Subventionen abzubauen. Das sei mehr eine Absicht als eine konkrete Maßnahme, kritisiert die Expertin. Andere Maßnahmen seien zwar im Klimaschutzprogramm groß angekündigt, aber in der Umsetzung deutlich eingedampft worden. Als Beispiel nennt sie das Gebäudeenergiegesetz.

Kurz bevor die Klimafragen-Sachverständige nach dreistündiger Befragung um 14 Uhr entlassen wird, zeigt unser Anwalt Remo Klinger mit einem Zitat aus dem Klimaschutzprogramm noch einmal dessen ganze Absurdität: „In den kommenden Jahren wird es darum gehen, auch das Angebot des ÖPNV, insbesondere in suburbanen und ländlichen Räumen, weiter auszubauen.“ Mit einem Augenzwinkern wünscht er dem Expertenrat viel Spaß bei der Bewertung, wie viel CO<sub>2</sub> mit dieser „Maßnahme“ eingespart werden kann.

Hintergrund: Der Expertenrat für Klimafragen wird von der Bundesregierung berufen. Die anerkannten Experten prüfen unabhängig die Klimapolitik der Bundesregierung und geben regelmäßige Stellungnahmen zu Klimafragen ab. Auch das Klimaschutzprogramm 2023 wurde vom Expertenrat begutachtet. Das Fazit war eindeutig: „Der Expertenrat stellt [daher] fest, dass das vorgelegte Klimaschutzprogramm 2023 nicht die Anforderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes an ein Klimaschutzprogramm erfüllt.“



2021 gab das Bundesverfassungsgericht Jugendlichen Recht, die von der Bundesregierung ein besseres Klimaschutzgesetz gefordert hatten. Auf dieses historische Urteil bauen unsere Klimaklagen auf.

Als die Anwälte der Bundesregierung im späteren Verlauf der Verhandlung merken, dass inhaltlich kein Stich gegen unsere Argumentation zu holen ist, stellen sie sogar in Frage, ob wir als Verband überhaupt berechtigt sind, diese Klage am OVG zu führen. Wie bei einem Fisch, der schon eine Weile an der Angel hängt, werden aber auch diese Versuche rasch kraftloser und schnell wird klar, dass das Gericht den Argumenten nicht folgt.

Gegen 16:30 Uhr teilt die Richterin mit, dass das Gericht noch heute eine Entscheidung treffen und ein Urteil verkünden wird. Für die Beratungen werde man sich zurückziehen.

Nun – nach fast vier Stunden Beratungszeit – ruft also der Justizwachtmeister zur Urteilsverkündung. Nachdem die Richterinnen den Saal betreten haben, geht alles ganz schnell. Kurz und knapp verkündet die Richterin für beide Klagen: „Die Beklagte wird verurteilt.“ Danach folgen für eine Viertelstunde die wesentlichen Beweggründe des Gerichts.

Wir haben gewonnen! Nach einer intensiven Vorarbeit und vielen Schriftsätzen, die wir dem Gericht zugeschickt haben, ist nun endlich richterlich festgestellt, dass die Bundesregierung beim Klimaschutz mehr tun und das Klimaschutzprogramm um konkrete

Maßnahmen ergänzen muss. Sie muss bis 2030 die Vorgabe sicherstellen, dass 65 Prozent weniger CO<sub>2</sub> als 1990 ausgestoßen werden. Außerdem muss sie eine Kehrtwende im Landnutzungssektor einleiten, damit durch natürliche Senken wie Moore und Wälder bis zu 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr gebunden werden. Beides wird nur gelingen, wenn die Bundesregierung endlich anfängt, ambitionierten Klimaschutz zu betreiben. Das Team der DUH ist sich einig: Dafür werden wir natürlich auch weiterhin kämpfen.

Hintergrund: Besonders in den Sektoren Verkehr und Gebäude klafft eine gewaltige Emissionslücke bis 2030. „Für den Klimaschutz im Gebäudebereich sind die kommenden Jahre entscheidend“, betont Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz. „Es braucht einen zielgenauen Fokus auf die energetisch schlechtesten Gebäude, anstatt Steuergeld mit der Gießkanne im Neubau zu versenken. Jede eingesparte Tonne CO<sub>2</sub> im Gebäudesektor trägt gleichzeitig zur langfristigen Bezahlbarkeit von Wohnraum und Energieunabhängigkeit bei.“ Für den Verkehrssektor kündigt Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch an: „Mit diesem Urteil im Rücken werden wir FDP-Minister Wissing zu wirksamen Klimaschutz-Maßnahmen im Verkehrssektor zwingen wie einem Tempolimit und dem Stopp der Förderung von Klimakiller-Dienstwagen aus Steuergeld.“

Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner erklärt: „Zum Strukturwandel in der Landnutzung gehören die nasse Bewirtschaftung und Wiedervernässung von Mooren sowie die Reduktion des Holzeinschlags in unseren Wäldern. Unsere Ökosysteme müssen massiv gestärkt werden, um ihre klimawirksamen Funktionen aufrechtzuerhalten. All das braucht Zeit, doch die rennt uns davon. Mit dem jüngsten Erfolg haben wir die Bundesregierung dazu verpflichtet, schnellstmöglich zu handeln.“

Das Urteil ist ein riesiger Erfolg für den Klimaschutz. Unser Anwalt Remo Klinger spricht davon, dass dieses Urteil den historischen Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts nicht nur perfekt ergänzt, sondern von seiner Bedeutung fast auf derselben Stufe steht, weil jetzt konkret festgestellt wurde, dass Ziele alleine nichts wert sind, solange es keine passenden Maßnahmen dazu gibt. Dass die Richterin Revision zu den Urteilen zugelassen hat, ist für uns keine Überraschung und wir werden sogar davon profitieren: So können wir einen schnelleren Weg durch die Instanzen nehmen, denn anderenfalls hätte die Bundesregierung ein weiteres Verfah-

ren zum Erzwingen der Revision anstrengen können. Nach unserer Einschätzung würde das Bundesverwaltungsgericht das OVG-Urteil jedoch höchstrichterlich bestätigen.

Ausblick: Bis zuletzt hat die Bundesregierung versucht, unseren Klagen den Wind aus den Segeln zu nehmen und nicht einmal Halt davor gemacht, das Klimaschutzgesetz zu entkernen. Durch die Abschaffung der Sektorziele in der Gesetzesnovelle ist nicht mehr klar, wann und in welchem Sektor CO<sub>2</sub> reduziert werden muss. „Das ist gefährlich. Und hinzukommt: Die Bundesregierung spielt auf Zeit und will sich ganz offensichtlich bis Ende dieser Legislaturperiode vollständig aus der Verantwortung stellen“, sagt Resch. Mit unseren Anwälten haben wir das Gesetz durchleuchtet und festgestellt: Es ist verfassungswidrig!

Stand bei Redaktionsschluss am 20. Juni: Bis heute fehlt der von Bundestag und -rat verabschiedeten Gesetzesnovelle die Unterschrift des Bundespräsidenten. In einem 18-seitigen Brief hatten wir Frank-Walter Steinmeier die verfassungswidrigen Punkte dargelegt und ihn aufgefordert, das Gesetz nicht zu unterzeichnen. Parallel dazu haben wir eine Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz vorbereitet, die wir am 26. Juni in der Bundespressekonferenz vorstellen werden. Mit denselben Jugendlichen und jungen Erwachsenen, mit denen wir bereits 2021 den historischen Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts errungen haben, werden wir auch dieses Mal nach Karlsruhe ziehen und dafür sorgen, dass die Bundesregierung das Grundrecht auf Klimaschutz ernstnimmt. Sie muss mit Blick auf alle Menschen, die entweder heute oder als zukünftige Generationen von der Klimakrise betroffen sind, alle politischen Anstrengungen unternehmen, um einen fairen Beitrag zur Einhaltung der 1,5 Grad Grenze zu leisten!

Christoph Störmer,  
Referent für Klimaschutz  
im Verkehr & Klimaklagen



## Danke für Ihre Unterstützung!

Als Klimaklagen-Patin oder -Pate ermöglichen Sie unseren Klagen eine hohe fachliche und juristische Qualität. Das Klimaurteil vom 16. Mai ist auch Ihr Erfolg! Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und inhaltlichen Impulse!

**Zur Klimaklagen-Patenschaft: [l.duh.de/klimaklagenpate](https://l.duh.de/klimaklagenpate)**





# Städte zwischen Hitzestress und Hochwasser

Grün runter, grau rauf: Das ist unterm Strich die aktuelle Entwicklung der Flächenanteile in deutschen Städten. Gerade Städte mit ihren zunehmend grauen, sprich versiegelten Flächen, heizen sich immer noch mehr auf. Es ist höchste Zeit, Resilienz gegen den Klimawandel aufzubauen. Wir gehen mit Vorschlägen für mehr Grün auf Städte und Gemeinden zu.

Elbe-Hochwasser in Dresden



Über 50 Hektar Land „verbrauchen“ wir für unsere Siedlungen und den Verkehr – täglich. Jedes Jahr etwa das Zehnfache der Fläche der Insel Rügen. „Nettonull“ lautet das offizielle Ziel der Bundesregierung, bis 2050 will sie sich dafür Zeit lassen, obwohl wir alle wissen, wie wohltuend der Schatten von Bäumen sein kann, der Spaziergang durch grüne Parks oder das Picknick auf einer bunten Wiese. Unser Wohlbefinden und letztlich unsere Gesundheit hängen maßgeblich davon ab, wie weit es bis zur nächsten Grünfläche ist und auch, ob unsere Kinder in ihrem Lebensumfeld überhaupt „ein Stück Natur“ erleben können. Zum Beispiel ganz beiläufig auf dem Fußweg zur Schule.

Wir haben über die Auswertung von Satellitendaten ermitteln lassen, dass das Grün in manchen Städten umgerechnet nicht einmal einem Viertel Baum pro Einwohner entspricht. Wie es um den Grünanteil auf Deutschlands Schulhöfen aussieht, da genügt sozusagen der Blick „übern Hof“.

### Schulhöfe für mehr Stadtgrün

Seit vielen Jahren begleiten wir Schulen dabei, ihr Gelände naturnah und klimafreundlich umzugestalten. An mehr als 80 Schulen in mittlerweile fünf Bundesländern wurden oder werden vielfältige Outdoor-Aufenthaltsräume für die Schülerinnen und Schüler geschaffen, die Natur erleben, Spielspaß und Klimaschutz miteinander verbinden. Gleichzeitig entstehen dort mit unserer Unterstützung interaktive und erlebbare Lernorte für Schülerinnen und Schüler.

Darüber hinaus heben wir das Thema, wie ein Schulhof wirklich aussehen muss, auf die Agenda: Wir bringen Kommunen, Schulen, Landschaftsplaner und Architekten dazu in Austausch und kommunizieren an die Politik: Sorgt dafür, dass unsere Kinder in lebenswerter Umgebung lernen können!

### Flächenfraß muss kein Selbstläufer sein

Viele Städte und Gemeinden haben inzwischen verstanden, dass eine Einfamilienhaus-Siedlung relativ wenig Wohnraum schafft, zugleich aber dem Boden einen



Naturnahe Isarauen

## Vor den Toren der Stadt

Zahlreiche Städte und Gemeinden spielen auch als Eigentümer von Wald und Wiese eine Rolle für den Klimaschutz, die biologische Vielfalt und nicht zuletzt für Spazierende, Ausflügler und andere Grün-Suchende. So betont das Bundeswaldgesetz ausdrücklich die „Schutz- und Erholungsfunktion“ der Wälder. Forstwirtschaft und Klimawandel haben allerdings auch den Stadtwäldern vielerorts stark zugesetzt. Hier haben Städte das Ruder in der Hand: Sie können die nachhaltige Bewirtschaftung ihrer Wälder festschreiben, Holzertemengen begrenzen oder die Liegenschaften gleich zu „Erholungswäldern“ erklären.

Liegen Flüsse und Auen in ortsnahen Lagen, sollten Städte an einer naturnahen Entwicklung mitwirken und den Menschen die Ziele des Natur- und ökologischen Hochwasserschutzes vermitteln. Besucherlenkung und -information können die Erholungsräume vor Konflikten bewahren.

In unserem Auenweiden-Projekt an der Weißen Elster in Thüringen entwickeln wir gemeinsam mit Behörden und Stakeholdern eine Weidelandschaft, die den Hochwasserschutz für den Ort Wünschendorf-Meilitz mit Naturschutz und extensiver landwirtschaftlicher Nutzung verbindet. Im Auenstadt-Projekt verbessern wir in Kooperation mit der Stadt Jena Feuchtlebensräume und Wasserrückhalt in der Saaleaue.

Dass Städte wieder Natur und „Wildnis“ zulassen, zeigt sich an immer mehr bunten Blühstreifen entlang von Wegen und Straßen oder schlicht an ungemähten Wiesen. Hier hat in den letzten Jahren eine sichtbare Trendumkehr stattgefunden. Sofern es um öffentliche Flächen geht, können die Kommunen auch frei entscheiden, wie oft sie eine Wiese mähen. Vertraglich regeln kann die Stadt, wie Landwirte die von ihr verpachteten Grundstücke bewirtschaften.

Innerorts und generell auf privaten Grundstücken sind die Hürden deutlich höher. Dennoch können Städte und Gemeinden etwa über Baumschutz-, Begrünungs- und Freiflächensatzungen oder baurechtliche Auflagen noch viel mehr als bislang für Klimaanpassung und Biodiversität tun.

Großteil seiner überlebenswichtigen Funktionen raubt: für die Produktion unserer Nahrungsmittel, das Versickern von Regenwasser oder die Speicherung von CO<sub>2</sub>. Daher muss die Devise lauten: Innenentwicklung stärken und Leerstände aktivieren und sanieren, Umbauten oder Aufstockungen fördern, flexiblere Wohnungstypen kreieren, gemeinschaftlicher denken und bauen. Gerade für kleine Kommunen ist das eine völlig neue Aufgabe, denn der ländliche

Raum liegt beim Flächenfraß vorne. Hier baut man lieber neu, vom Einfamilienhaus bis zum riesigen Logistikzentrum.

Die Großstädte sind ohnehin an vielen Stellen bereits am Anschlag. Da bleibt nur der Weg nach innen, umschrieben mit dem Fachwort „Nachverdichtung“ – was ja mehr nach Drohung als nach Lösung klingt. Und tatsächlich kann es keine Lösung sein, bestehende oder potenzielle Freiflächen in den Städten unkritisch zuzubauen – den



Druck der offenkundigen oder vermeintlichen Wohnungsnot im Nacken. Vorreiter-Städte haben daher aus der Not eine Tugend gemacht und verfolgen das Konzept der „doppelten Innenentwicklung“. Heißt: bauen ja, aber grün und blau mitgedacht.

### Klimaresilient planen und bauen

Neue Gebäude müssen schon so konzipiert werden, dass sie deutlich weniger zur Erdheizung beitragen und gleichzeitig den Folgen des Klimawandels trotzen. „Blau-grüne“ Gebäude besitzen mehr als nur ein Gründach und eine Regentonne. Es handelt sich dabei um wassersensibel geplante Gebäude mit intensiver Dach- und Fassadenbegrünung. Die Pflanzen am Gebäude sind ebenso wie die zugehörigen Grünflächen mit dem natürlichen Kreislauf verbunden, nehmen Regenwasser auf, speichern es und erbringen quasi nebenbei die oben beschriebenen Komfortleistungen für die Be- und Anwohner.



Dicht bebaute Innenstadt von Frankfurt am Main (oben).

Keine inspirierende Lern-Umgebung – leider erleben viele Kinder in ihrem Schulalltag kein Grün. Hier das Außengelände einer Grundschule in Berlin.

Selbst der Belag von Geh- und Radwegen, Straßen und Parkplätzen kann wasseraufnahmefähig gestaltet werden, so dass Niederschlagswasser nicht schnellstmöglich über die Kanalisation abfließt, sondern im Boden versickert. Das ist eine Wohltat für die Stadtbäume. Zudem mildern solche Wasserspeicher Starkregenfluten ab und verbessern das Kleinklima. Technische und natürliche Lösungen gehen Hand in Hand – heute leider eher noch Ausnahme als tägliche Praxis.

Kommunen müssen blau-grüne Gebäude in der Praxis etablieren: Flächen müssen künftig effektiver und anders genutzt, der Flächenverbrauch gestoppt werden! Dafür setzen wir uns in einem neuen Projekt ein, das Schwachstellen und Fehlsteuerungen beim Thema Flächenverbrauch aus Satellitenaufnahmen ermittelt und offenlegt. Der erwähnte Viertel-Baum pro Einwohner ist eines der Ergebnisse.

„Mehr Grün“ muss ins Gesetz. Das ist das Ziel des „Berliner Baumentscheids“, eine für 2025 geplante Volksabstimmung für mehr Grün und Schatten in der Stadt. Zum Gesetzesentwurf, der etwa die Anzahl neu zu pflanzender Bäume oder eine Mindestausstattung an Grünflächen in allen Stadträumen verpflichtend macht, steuern

wir unser Fachwissen und unsere politische Erfahrung bei.

### Das Grünvolumen macht den Unterschied

Die schiere Anzahl an Bäumen in einer Stadt mag wichtig sein, wichtiger sind ihr Alter, ihre Größe und das damit verbundene „Grünvolumen“. Auch das können wir mit einem Blick aus dem All betrachten und bewerten. Großkronige Bäume filtern die Luft, binden Feinstaub, kühlen ihre Umgebung, produzieren Sauerstoff, bieten Schatten und man kann sie gerne auch umarmen, um zu wissen, welche enorme Leistung sie für uns erbringen.

Eine 80-jährige Linde einmal gefällt, bräuchte unzählige Ersatzpflanzungen, um den schweren Verlust unmittelbar aufzufangen. Bei neuen Baumpflanzungen müssen Grünämter klimaresiliente Arten wählen und ästhetische Gesichtspunkte hintenanstellen. Denn Trockenheit und Luftschadstoffe setzen den Stadtbäumen so stark zu, dass sie schlecht gedeihen und daher keine wohltuende Wirkung fürs Kleinklima entfalten können.

Für all die Ersatz- und Neupflanzungen, die benötigt werden, um unsere Städte mit







Stadtgrün lädt zum Treffen, Spazieren und Verweilen ein wie hier in Dresden.

### Achtung: Extremwetter

Jetzt handeln für #unserWasser! Die Wasserkrise in Deutschland zeigt sich durch gegensätzliche Wetterextreme, die eng zusammenhängen: Flut und Dürre. Beide Extreme sind dramatische Auswirkungen der sich verschärfenden Klimakrise.

Mehr erfahren und Petition unterschreiben!  
[www.l.duh.de/petitionwasser](http://www.l.duh.de/petitionwasser)



An diesem Hochhauskomplex in Mailand gedeiht ein „vertikaler Wald“. Das architektonische Konzept zielte von vornherein auf eine umfangreiche Begrünung ab.



lichkeit werden zu lassen. Viele reden dort mit und das genau ist der Plan: Stadtentwicklung aus vielen Blickwinkeln gemeinsam zu gestalten. Gesundheitsexperten, Quartiers- und Klimaschutzmanager, Stadtplaner, Wissenschaftler und nicht zuletzt die Kinder und Jugendlichen in den Quartieren wirken an dem Projekt mit. Denn es geht um ihre „Lebenswelt“, in der sie groß werden, in der sie lernen, begreifen und im besten Falle sich engagieren. (mz)

Gefördert von



Gefördert mit Mitteln der gesetzlichen Krankenkassen nach §20a SGB V



Förderer Auenprojekte:



Blick auf den Klimawandel fitzumachen, braucht es schlicht: Platz. Platz, den in unseren autogerechten Städten Fahrzeuge belegen, ob sie fahren oder stehen, ob sie mit Dieselantrieb oder elektrisch unterwegs sind. Der Verteilungskampf um die Flächen ist nicht nur in den hochverdichteten Großstädten in vollem Gange. In fast jeder Kleinstadt schreit der Einzelhandel, wenn ihm die Parkplätze vor der Ladentür genommen werden. Dabei ist längst nachgewiesen, dass Fußgänger und Radfahrer, wenn sie eine einladende und sichere Infrastruktur vorfinden, die einträglicheren Kunden sind. Wenn also eine Kommune die sogenannte Nahmobilität fördert, belebt sie ihre Innenstadt und tut etwas für die Gesundheit der Bevölkerung. Nicht umsonst engagie-

ren sich Deutschlands Krankenkassen im Rahmen ihres Präventionsauftrags auch zunehmend für eine gesundheitsförderliche Umwelt, nach dem Motto: Wer sich im Grünen bewegt, bleibt gesund.

### Gesundheit und Umwelt zusammendenken

Im Projekt „Gesund unterwegs im Stadtquartier“ begleiten und unterstützen wir die Modellstädte Singen und Mannheim dabei, vier Schulen und die umgebenden Quartiere bewegungs- und umweltfreundlicher umzugestalten. Unser Ziel: Die großartig beschworene „Transformation“ unserer Städte im Kleinen und sogar im anstrengenden Kleinklein, erlebbare Wirk-

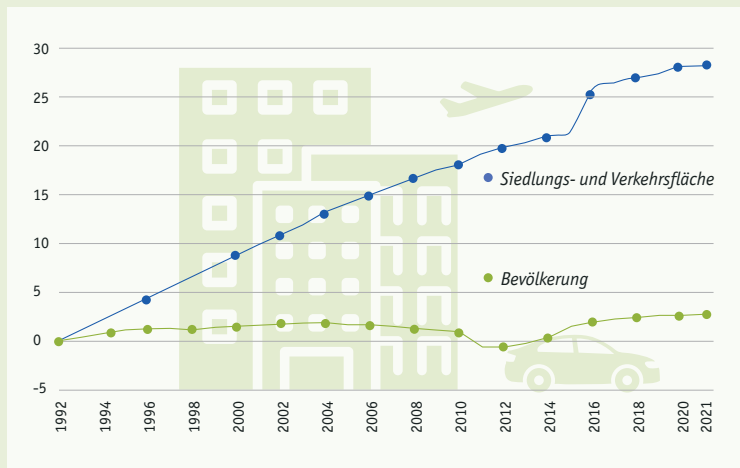


# Blau-grüne Stadt

Städte leiden in besonderem Maß unter dem Klimawandel. Die Bebauung sowie Emissionen führen zu einem veränderten Klima, dessen typisches Merkmal – im Vergleich zum kühleren Umland – die städtische Wärmeinsel ist. Klimaschutz und -anpassung müssen bei der Stadtplanung berücksichtigt werden, um die Belastungen bei Hitzewellen abzufedern. Die urbanen Räume brauchen mehr grüne und blaue Infrastruktur, also mehr Grün- und Wasserflächen. Mitgedacht werden müssen Frischluftschneisen, hitze- und trockenheitsresistente Stadtbäume sowie Grünflächen als Rückhalteräume für Starkregen und als Erholungsorte. Gleichzeitig sind die Kommunen in der Verantwortung, die Landschaftszerstörung durch neue Baugebiete zu beenden.

## Wohnen, Gewerbe und Mobilität fressen Flächen

Prozentuale Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche und der Einwohnerzahl



Quelle: Sachverständigenrat für Umweltfragen März 2024; Statistisches Bundesamt 2011 wurde die Methodik der Erfassung von Bevölkerungsdaten geändert, 2016 die der Siedlungs- und Verkehrsflächen.



## Betoniert und asphaltiert

Boden ist eine endliche Ressource. Wird er versiegelt, gehen seine ökologischen Funktionen unwiederbringlich verloren. Im Jahr 2022 wurden pro Tag **23 ha** Acker-, Wiesen- und Waldflächen versiegelt. In den Jahren 2002 bis 2023 wurden innerhalb der Ortslagen Flächen von insgesamt rund **500 km<sup>2</sup>** – etwa die Größe des Bodensees – versiegelt. Dem gegenüber steht eine Entsiegelung von etwa 28 km<sup>2</sup>.

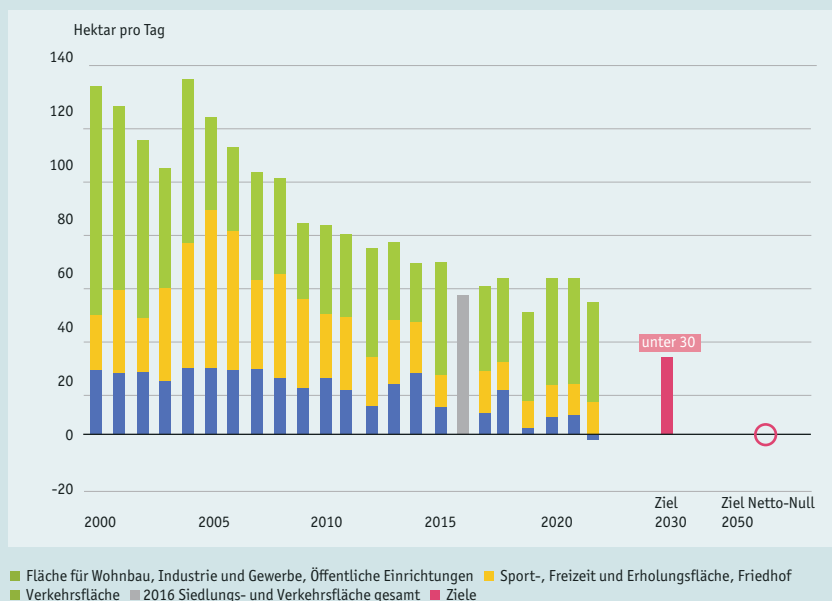
Quelle: Umweltbundesamt, Modellberechnung: LUP – Luftbild Umwelt Planung GmbH. Datengrundlage: Landsat-Satellitenbilder, Zensus 2011, GeoBasis-DE

## Zuwachs bei Siedlungs- und Verkehrsflächen

In 2022 wurden täglich **52 ha** Fläche zusätzlich für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen. Das entspricht im gesamten Jahr 2 mal der Fläche der Insel Sylt.

Ihre eigene Zielmarke für 2020 – Flächenverbrauch unter **30 ha** pro Tag – hat die Bundesregierung verfehlt. Nun will man sie bis 2030 erreichen. Bis 2050 soll es einen Flächenkreislauf geben, also **Netto-Null**.

Quelle: Umweltbundesamt





## So grau sind unsere Städte

Die **10 Städte** mit der stärksten Versiegelung\* sind:

Ludwigshafen am Rhein (RP)	67 %
Mannheim (BW)	66 %
Rüsselsheim am Main (HE)	65 %
Speyer (RP) und Dillingen/Saar (SL)	63 %
Waren/Müritz (MV)	62 %
Heilbronn (BW)	61 %
Bad Kreuznach (RP), Hanau (HE) und Ingolstadt (BY)	60 %

Quelle: Gesamtverband der Versicherer,  
\*Anteil der versiegelten Fläche innerhalb der Siedlungsgrenzen

## Nicht einmal ein ganzer Baum

**37 %** der Einwohnenden in Städten und Gemeinden müssen sich in ihrer direkten Wohnumgebung im Radius von ca. 500 m mit weniger als **860m<sup>3</sup> Grün pro Person** zufriedengeben, umgerechnet entspricht das in etwa **1/4 Baum**.



Modellberechnung: LUP – Luftbild Umwelt Planung GmbH.  
Datengrundlage: Landsat-Satellitenbilder, Zensus 2011, GeoBasis-DE

## BaumEntscheid

In Berlin hat die Volksentscheid Baum-Initiative ein **BäumePlus-Gesetz** vorgestellt. Ihr Ziel: Spätestens zur Abgeordnetenhauswahl **2026** sollen die Berliner:innen über die Einführung dieses Gesetzes abstimmen. Zu den Kernpunkten zählen: **Mehr neue Bäume, alte Bäume schützen**, Flächen und Gebäude begrünen! Berlin vorbeugend und systematisch wetter- und hitzefest machen! Ein progressiver Ansatz, der Pilotwirkung für andere Kommunen entfalten könnte. Als DUH unterstützen wir den BaumEntscheid.

## Hitze stresst Stadtbäume

Je nach Art weisen zwischen **40** und **90 %** der Berliner Stadtbäume erheblichen Hitzestress auf und gelten als „geschädigt“. Geplagt sind unter anderem weit verbreitete Baumarten wie **Roskastanie, Bergahorn, Sommerlinde oder Platane**.

Quelle: Senatsverwaltung Berlin



## Tod durch Hitze

Je nach Temperaturanstieg und der Anzahl an heißen Tagen ist mit mehr hitzebedingten Sterbefällen zu rechnen. Schätzungen prognostizieren für die Jahre 2071 bis 2100 jährlich bis zu **8.500 zusätzliche Hitze-Todesfälle** im Vergleich zu 2010. Das gesundheitliche Risiko ist vor allem für die urbane Bevölkerung erhöht. Das Robert Koch-Institut schätzt die Anzahl der Hitzetoten im Jahr 2023 auf **3.200** (im Vergleich: 2.830 Verkehrstote).

Quelle: Umweltbundesamt, Statistisches Bundesamt



## Klimawandel erfordert Investitionen

Gemeinden, Städte und Kreise haben im Jahr 2021 insgesamt **2,9 Mrd. Euro** für Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen ausgegeben. Für Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser und Starkregen kamen rund **1 Mrd. Euro** hinzu.

Demnach entfielen knapp 4 Mrd. Euro, das sind **15 %** aller kommunalen Investitionen, auf Klimaschutz und -anpassung. Mehr als **80 %** der Kommunen erwarten in diesem Feld steigende Investitionsbedarfe.

Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW Kommunalpanel 2023





# Gasversorger täuschen Kunden mit Öko-Tarifen

Deutschlandweit bieten Gasversorger sogenanntes „Ökogas“ an. Doch steckt hinter den Gas-Tarifen mit grünem Anschein tatsächlich das, was sie versprechen? Die Antwort: nein! Unser Team der ökologischen Marktüberwachung hat dieses Greenwashing aufgedeckt und bringt den Verbraucherschutz einen wichtigen Schritt weiter.



„Klimaneutrales“ Erdgas: Das klingt erst mal toll. Kundinnen und Kunden wird der Eindruck vermittelt, solches Erdgas habe keinerlei schädliche Auswirkungen auf das Klima. Was die Gasanbieter aber als „Ökogas“ verkaufen, ist herkömmliches fossiles Erdgas, das bei der Verbrennung CO<sub>2</sub> emittiert. Das sogenannte Ökogas wird über Kompensationsprojekte vermeintlich klimaneutral gestellt. Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist jedoch kaum nachvollziehbar, was „Klimaneutralität“ bedeutet und inwieweit das Kompensieren funktioniert.

## Kompensationsprojekte auf dem Prüfstand

Wenn Gasversorger zur Erreichung der behaupteten Klimaneutralität Wald- und Kochofenprojekte heranziehen, täuschen sie die Verbraucherinnen und Verbraucher damit besonders dreist. 15 Gasversorger,

die so agieren, haben wir aufgefordert, die irreführende Werbung mit „klimaneutral“, „CO<sub>2</sub>-neutralem“ oder „klimakompensiertem“ Erdgas zu unterlassen.

Denn Waldprojekte haben eine durchschnittliche Projektlaufzeit von nur 30 Jahren. Das klimaschädliche CO<sub>2</sub> wirkt aber bis zu Jahrtausenden in der Erdatmosphäre. Die Projekte laufen somit um ein Vielfaches zu kurz, um die versprochene Klimaneutralität zu gewährleisten. Zudem können die Projektverantwortlichen nicht garantieren, dass die Bäume vor Bränden oder Dürren geschützt sind.

Bei Kochofenprojekten basieren die genannten Emissionseinsparungen auf reinen Annahmen: Ob und in welchem Umfang die verteilten Kocher tatsächlich genutzt werden, wird oftmals nicht berücksichtigt. Die Emissionseinsparung wird dadurch häufig überschätzt.

Ihre Werbeaussagen belegen die Gasversorger gegenüber Verbraucherinnen

und Verbrauchern nicht transparent. Häufig fehlen bei den Ökogas-Tarifen Informationen darüber, ob alle Emissionen kompensiert werden. Schließlich entstehen neben CO<sub>2</sub> aus der Verbrennung zusätzliche Emissionen: Bei der Förderung, beim Transport und bei der Lagerung von Erdgas entweicht vor allem Methan, ein Gas, das um ein Vielfaches klimaschädlicher als CO<sub>2</sub> ist. In Hinblick darauf konnten wir der Verbrauchertäuschung auf dem Rechtsweg entgegenwirken: Die meisten von uns angesprochenen Gasversorger sehen ein, dass die versprochene Klimaneutralität nicht durch die Kompensationsprojekte erreicht wird und haben sich dazu verpflichtet, ihre irreführende Werbung zu unterlassen.

## Ökogas-Lüge schadet der Energiewende

Bei der Recherche zur Ökogas-Lüge haben wir mit dem Medienhaus Correctiv zusammengearbeitet und 150 Gasversorger in Deutschland unter die Lupe genommen, die zur Kompensation ihrer Emissionen CO<sub>2</sub>-Gutschriften aus Projekten weltweit gekauft haben. 116 von ihnen kauften CO<sub>2</sub>-Gutschriften, denen nach wissenschaftlicher Einschätzung keine oder eine weitaus geringere CO<sub>2</sub>-Reduktion oder -Speicherung zugrunde liegt als angegeben: Nach Berechnungen von Correctiv handelt es sich hierbei um zehn Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> weniger als behauptet.

Greenwashing von Erdgas schadet den Verbrauchern, der Energiewende und dem Klima. Deshalb rücken wir mit unserer Recherche sowie unseren Verfahren die fragwürdigen Kompensationspraktiken der Gasversorger auf breiter Ebene in den Fokus. (jm)

# Klimaschutz aus der Biotonne

Wenn Haushalte ihre organischen Abfälle in der Restmülltonne entsorgen, schadet das der Umwelt und dem Klima. Wir setzen dem Bund und den Kommunen das Thema auf die Agenda und nennen Eckpunkte für eine nachhaltige Lösung des Problems.

**A**bfalltrennung sollte längst zum Alltag gehören. Doch noch immer verweigern einige Städte und Gemeinden ihren Bürgerinnen und Bürgern eine getrennte Sammlung von Bioabfall. Das betrifft mehr als fünf Millionen Bürger. Dabei stehen Kommunen seit 2015 in der Pflicht, die getrennte Bioabfall-Sammlung zu ermöglichen.

Doch auch dort, wo eine Sammlung von Bioabfall angeboten wird, gibt es Probleme, denn der Gesetzgeber hat nicht klargestellt, wie die Getrennterfassung zu erfolgen hat. Vielerorts, wo eine Biotonne existiert, ist das Angebot nur freiwillig – viele Haushalte entsorgen organische Abfälle dort auch mit dem Restmüll. So wird nur etwa die Hälfte des gesamten Bioabfalls getrennt erfasst. In einigen Kreisen sollen die Bürgerinnen und Bürger ihre Küchen- und Gartenabfälle selbst zu Wertstoffhöfen, Kompostierungsanlagen oder Sammelstellen bringen. Diesen Aufwand nimmt kaum jemand auf sich, folglich verleitet das unkomfortable Bringsystem dazu, Bioabfall in der Restmülltonne zu entsorgen.

## Wir haben nachgerechnet

Vielfach wird Biomüll kein Wert beigemessen. Doch zu Biogas und Kompost weiterverarbeitet, leistet dieser einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.



Mehr als fünf Millionen Tonnen Bioabfälle gehen dem Stoffkreislauf jedes Jahr verloren. Wir haben nachgerechnet: Das Vergären dieser Bioabfallmenge könnten jährlich bis zu 680 Millionen Kubikmeter Biogas erzeugen und zugleich bis zu 760.000 Tonnen klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie 40.000 Tonnen Minereraldünger einsparen. Momentan werden diese Bioabfälle jedoch gemeinsam mit dem Restmüll einfach verbrannt und ihre Potenziale für Klima und Umwelt verpuffen. Noch dazu haben es die Müllverbrennungsanlagen mit dem Bioabfall schwer: Er ist besonders wasserhaltig und verbraucht daher beim Verbrennen viel Energie.

## Wie wird Bioabfall weiterverarbeitet?

Den größten Umwelt- und Klimavorteil hat die Kaskadennutzung von Bioabfall, also die Vergärung in der Biogasanlage mit nachgeschalteter Kompostierung. Beim Vergären wird Bioabfall unter Luftabschluss von Mikroorganismen abgebaut und dabei entsteht Biogas. Es kann fossile Energieträger ersetzen.

In einer Kompostierungsanlage werden die Reste aus der Vergärung dann unter

Anwesenheit von Sauerstoff kompostiert. Dieser Prozess findet variierend in zwei bis drei Schritten statt: der Vorrotte, der Intensivrotte und der Nachrotte. Der dabei entstehende Kompost dient anschließend als wertvoller organischer Dünger und für den Humusaufbau auf landwirtschaftlichen Flächen oder in Gärten.

## Wir fordern die Pflicht-Biotonne bundesweit

Wenn die Hürden für Verbraucherinnen und Verbraucher zur getrennten Entsorgung von Bioabfall möglichst niedrig sind, wird die Sammelmenge steigen. Nur dann können die großen Potenziale von Bioabfall durch das Weiterverarbeiten in Biogas- und Kompostierungsanlagen endlich genutzt werden.

Wir setzen uns für die bundesweite Einführung einer Pflicht-Biotonne ein, damit jede und jeder Küchen- und Gartenabfälle ganz einfach korrekt entsorgen kann. Die Biotonne sollte allen Haushalten kostenfrei zur Verfügung stehen und sich über die Restabfallgebühren finanzieren, damit umweltfreundliches Entsorgen durch die Kostenstrukturen gefördert wird. (as) ■





# Windenergie aus Europa in Gefahr

Die bestehenden Produktionskapazitäten in Deutschland und der EU reichen bei Weitem nicht aus, um den zukünftigen Bedarf an Windenergieanlagen zu decken. Es drohen neue energiepolitische Abhängigkeiten samt intransparenten Produktionsbedingungen und fehlenden Umweltstandards. Wir fordern Maßnahmen für eine umwelt- und sozialverträgliche Verdopplung der europäischen Produktionskapazitäten und haben Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeitet.

**D**ie Energiewende steht an einem entscheidenden Wendepunkt: Der weltweite Zubau von Erneuerbaren Energien ist zwar auf einem Rekordhoch, muss jedoch weiter massiv gesteigert werden, um die Klimaziele einzuhalten. Um die europäische Zielmarke von 510 Gigawatt bis 2030 zu erreichen, muss die zurzeit installierte Windenergieleistung in knapp sechs Jahren mehr als verdoppelt und der jährliche Zubau von Anlagen verdreifacht werden. Obwohl die Windindustrie in Europa – der weltweit bisher noch zweitgrößten Region nach China mit Herstellern und Binnenmarkt – stark ist, reichen die heimischen Produktionsmöglichkeiten für den künftigen Ausbaubedarf nicht aus, schlimmer noch: Europäische Hersteller stehen durch gestiegene Kosten, Abhängigkeiten in den Lieferketten

und internationaler Konkurrenz zunehmend unter Druck. Bereits heute gehen dadurch Arbeitsplätze als auch Wertschöpfung in Deutschland und der EU verloren.

„Ohne politisches Eingreifen sind Deutschland und Europa bald in hohem Maße vom Import von Windenergieanlagen abhängig“, so Nadine Bethge, Stellvertretende Leiterin Energie und Klimaschutz der DUH. „Wir riskieren, die heimische Produktion zu verlieren, und verspielen damit die Energiewende, Arbeitsplätze und wichtige Einnahmen für die Umstellung auf Erneuerbare Energien. Nur wenn wir jetzt unsere eigenen Produktionskapazitäten für Windenergie entlang der gesamten Wertschöpfungskette ausbauen, behalten wir die europäische Souveränität in Sachen Klimaschutz und Produktionsbedingungen.“

## Appell an die Politik

Von November 2023 bis Januar 2024 haben wir eine dreiteilige Workshop-Reihe initiiert, um mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft Lösungsansätze für eine nachhaltige Windenergieproduktion aufzuzeigen. Mit den daraus resultierenden Handlungsempfehlungen appellieren wir an die deutsche und europäische Politik, schnell und entschlossen Maßnahmen zu ergreifen.

Wir fordern Investitionen in zusätzliche Produktionskapazitäten und die Einführung von sozialen und ökologischen Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen. Viele Staaten weltweit fördern mittlerweile die lokale Herstellung von grünen Zukunfts-





Die DUH fordert eine Politik, die Klima-, Energie- und Industriestrategien verknüpft, um eine verantwortungsvolle Windproduktion in Europa zu etablieren.

dem wichtige Faktoren für die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung – nicht zuletzt, um die Menschen auch für die Transformationsberufe zu begeistern.

### Gemeinsam voran

Von der deutschen und europäischen Politik fordern wir, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um eine auf die Klimaziele ausgerichtete Windproduktion in Europa zu etablieren. Unsere Handlungsempfehlungen bieten dafür einen konkreten Fahrplan. (cg, bh)

technologien, um die eigene Wirtschaft und Unabhängigkeit zu stärken. Die EU fällt hier im internationalen Vergleich immer mehr zurück.

### Hohe Umwelt- und Sozialstandards

Eine der zentralen Herausforderungen ist das Übersetzen der EU-Windausbauziele in konkrete Projekte. Europa muss täglich mindestens 20 Windenergieanlagen an Land und auf See aufstellen – eine Aufgabe, die effiziente Prozesse und weniger Bürokratie durch vereinheitlichte Genehmigungsverfahren erfordert, ohne die Ansprüche an den Umweltschutz einzuschränken.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung der lokalen Produktionsprozesse, von der Rohstoffbeschaffung bis zum Recycling. Langlebige Komponenten, Reparaturfähigkeit sowie innovative Recyclingstrategien sichern den Schutz unserer Ressourcen. Das Stärken der europäischen Lieferketten und ein höheres Gewicht von Umweltschutz und Menschenrechten im Ausschreibungsverfahren würden die Abhängigkeit von externen Lieferanten reduzieren und eine umwelt- und sozialgerechte Stromproduktion sicherstellen.

Faire Arbeitsbedingungen sowie attraktive und sichere Arbeitsplätze sind außer-

**Weiterlesen!**  
Die Handlungsempfehlungen für nachhaltige Windenergieproduktion in Europa finden Sie hier:

[l.duh.de/klimafreundlicheenergien](https://l.duh.de/klimafreundlicheenergien)

Gefördert von



Anzeige

# KANN DER WESTEN WEG?

## ZERFALL EINER WELTORDNUNG

Europa und Nordamerika haben viel vorangebracht und einiges verbockt. Nun geht es so nicht mehr weiter. Aber wie dann?

*Mit: Joschka Fischer; Dana Giesecke; Maja Göpel; Jürgen Habermas; Wolf Lotter; Jörg Metelmann; Marcus Mittermeier; Ella Müller; Luisa Neubauer; Harald Welzer*

Magazin für Zukunft und Politik | tazfuturzwei.de | € 8,50

SCHWERPUNKT:  
Zerfall einer Weltordnung

MIT  
Joschka Fischer | Dana Giesecke | Maja Göpel | Jürgen Habermas  
Wolf Lotter | Jörg Metelmann | Marcus Mittermeier | Ella Müller  
Luisa Neubauer und Harald Welzer

Die neue taz FUTURZWEI

» taz FUTURZWEI-Abo-Prämie

Gutschein über 10 Euro für Einkäufe im taz Shop

# FUTURZWEI

Magazin für Zukunft und Politik

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

taz shop

Einkaufsgutschein

für \_\_\_\_\_

über 10,- €

Foto: ImageSine/stock.adobe.com





Der geplante Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen zerschneidet letzte Ökosysteme und Lebensräume von Tieren.

# Naturschutz unter Beschuss

Ob im Meeresschutz, in der Landwirtschaft, bei Verkehrsprojekten oder beim Natürlichen Klimaschutz, Naturschutz wird derzeit geschwächt – mit verheerenden Folgen. Die Bundesregierung wie auch die EU fällen Entscheidungen zugunsten wirtschaftlicher Interessen, die den Schutz unserer Lebensgrundlagen ignorieren. Das nehmen wir nicht hin.

■ von Svane Bender

**B**lockaden, Misthaufen und brennende Reifen – die Bauernproteste in Europa haben neue Dimensionen gezeigt. Mit fatalen politischen Reaktionen auf EU-Ebene: In einem unglaublichen Tempo und ohne öffentliche Anhörung oder Folgenabschätzung hat das EU-Parlament noch vor der Wahl Umweltstandards massiv geschleift. Maßnahmen zum Ökosystem-, Arten- und Bodenschutz wurden im Turbogang untergepflügt. Per Dringlichkeitsverfahren wurden am 24. April diesen Jahres eine Reihe verpflichtender Umweltleistungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU abgeschafft; Fachleute sprechen von einem umweltpolitischen Rückschritt von rund zehn bis fünfzehn Jahren.

Auch das Rahmengesetz für nachhaltige Lebensmittelsysteme und die Pestizidrichtlinie, beide Herzstücke des europäischen

Green Deal, wurden in der letzten EU-Legislaturperiode nicht umgesetzt. Stattdessen hat die EU die Zulassung des umweltschädlichen Pestizids Glyphosat verlängert – wogegen wir Klage beim Gericht der Europäischen Union eingereicht haben. Schon 2023 hatten wir mehrere Musterverfahren gegen die Zulassungen von Pestizid-Produkten mit ökologisch bedenklichen Wirkstoffen gegen die Zulassungsbehörde, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, eingeleitet.

Eine Deregulierung der Gentechnik für Lebensmittel wird auf EU-Ebene derzeit diskutiert, ohne die unkalkulierbaren Risiken für Natur und Gesundheit zu berücksichtigen. Eine Risikoabschätzung und Kennzeichnungspflicht für Gentechnik könnte entfallen und wir als Verbraucher wären so nicht mehr in der Lage, gentechnisch ver-

änderte Lebensmittel zu erkennen. Auch rückt die Ampel-Regierung weiter von ihrem Koalitionsvertragsziel ab, die pauschalen Hektarzahlungen zu beenden und in eine Gemeinwohlprämie zu überführen. Langfristig negative Konsequenzen dieser Entwicklungen in der Landwirtschaft mit Bodenschädigung, dem Verlust von abpuffernden Heckenstreifen und der zur Bodengesundheit beitragenden Feldfauna, werden Landwirtinnen und Landwirte tragen müssen – und am Ende wir Verbraucher.

## Landschaftszerstörung auf der Überholspur

Den Klimazielen zum Trotz sieht der aktuelle Bundesverkehrswegeplan immer noch vor, 850 Kilometer Autobahn neu und weitere 1700 Kilometer mehrspurig auszu-



bauen. Statt sich um die Sanierung maroder vorhandener Verkehrsinfrastruktur zu kümmern, setzte Bundesverkehrsminister Wissing im Frühjahr 2023 im Koalitionsausschuss sogar ein erhöhtes Tempo für 144 Autobahnprojekte durch - mit fatalen Folgen für den Naturschutz. Lange wurde in der Koalition um die Planungsbeschleunigung von Verkehrsprojekten gerungen, im Mai letzten Jahres konnte Wissing dann das Beschleunigungsgesetz im Kabinett durchbringen. Damit war der Weg frei, diese künftigen Baustellen als von „überragendem öffentlichen Interesse“ zu labeln. Dank dieser Deklaration haben solche Projekte Vorrang vor anderen Belangen, was beispielsweise zu Erleichterungen für Ausnahmen vom Gebiets- und Artenschutz führt. Und dies, obwohl alle Bauvorhaben wertvolle Naturflächen zerstören, Wanderwege und Lebensräume von Tieren zerschneiden und das Klima enorm belasten. Eine fehlende Berücksichtigung unserer Natur zeigt sich

auch in der konkreten Planung: Gerade einmal fünf Grünbrücken, die Tieren die gefährlose Überquerung von Straßen ermöglichen sollen, sind bei 144 beantragten Bauvorhaben vorgesehen.

Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren führt darüber hinaus oftmals dazu, dass etablierte Verfahrensstandards wie die Umweltverträglichkeitsprüfung oder Beteiligungsrechte für Öffentlichkeit und uns als Umwelt- und Verbraucherschutzverband sowie Rechtsschutzmöglichkeiten beschnitten werden. Elemente der Öffentlichkeitsbeteiligung werden zeitlich stark verkürzt oder fallen weg. Das betrifft unter anderem den sogenannten Erörterungstermin, ohne den Expertinnen und Experten aus der Zivilgesellschaft ihr Know-how zu geplanten, umweltschädlichen Vorhaben nicht effektiv einbringen können. So hat der Gesetzgeber demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien aufgeweicht. Unter dem Strich führt

diese Politik neben Naturzerstörung nur zu mehr Verkehr und Luftverschlechterung!

### Meere weiter in Seenot

Nord- und Ostsee sind in einem katastrophalen ökologischen Zustand. Fast 700 Millionen Euro aus Auktionserlösen, die der Staat 2023 aus der Versteigerung von Lizenzen für Offshore-Wind-Flächen generiert hat, waren jeweils für den Meeresnaturschutz und die Transformation hin zu umweltschonender Fischerei bestimmt. Doch ein substanzieller Teil der Gelder ist den Haushaltskürzungen zum Opfer gefallen. Die Mittel wären jedoch ein wichtiger Kompromiss zwischen Klima- und Meeresschutz, um einen naturverträglichen Offshore-Windausbau zu ermöglichen. Haushaltslöcher sollten lieber durch eine schrittweise Reduzierung umweltschädlicher Subventionen ausgeglichen werden – sind diese doch klar vom Umweltbundesamt als solche identifiziert.

Sonnentau und Kiebitz können wir nur erhalten, wenn wir Mooren, Feuchtgebieten und Auen Platz in unserer Landschaft geben und sie renaturieren.







Bauernproteste in ganz Europa haben dazu geführt, dass langjährig erarbeitete Kompromisse für Natur- und Artenschutz abgeschafft wurden.

Wir haben Klage gegen die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat eingereicht.



sie dringend eine Renaturierungspolitik für Deutschland. Nun ist die Bundesregierung in der Pflicht – und wir machen weiter Druck!

Gegen den fortschreitenden Verlust der Artenvielfalt und für die Erfüllung des internationalen Artenschutzabkommens sollte eine Novelle der Nationalen Biodiversitätsstrategie entwickelt werden. Diese ist dringend nötig, um eine Trendumkehr im Artenverlust in Deutschland zu erreichen – allein, über einen stark verwässerten Entwurf hinaus ist bisher nichts erarbeitet, geschweige denn verabschiedet worden.

### Unser Einsatz für einen Richtungswechsel

Bilanziert man all die Verschlechterungen für Natur- und Biodiversitätsschutz, sieht es düster mit blühenden Landschaften und deren Gratis-Umweltleistungen, unzerschnittenem Naturraum für Erholung und Freizeit oder gesunder Ernährung und natürlichem Klimaschutz aus. Das wollen wir jedoch so nicht hinnehmen: Wir werden uns auch künftig mit Kampagnen, Klagen und guten Praxisbeispielen für eine verstärkte Priorisierung von Naturschutz, verbindliche Standards und Gesetze sowie deren Umsetzung einsetzen – denn angesichts der Artenkrise ist es jetzt an der Zeit zu handeln!

Der Luchs benötigt Streifgebiete von 150 Quadratkilometern. Die wenigen noch bei uns lebenden Tiere sind bedroht durch den Straßenverkehr und zerschnittene Landschaften.

### Rückschritte im Kampf gegen Arten- und Klimakrise

Moore, Feuchtgebiete, Wälder und Meere sind natürliche Klimaschützer, denn sie binden Kohlenstoff. Um diese Funktion erfüllen zu können, müssen die Landschaften allerdings ökologisch intakt sein. Doch im „Natürlichen Klimaschutz“, dem Kernthema des Umweltministeriums der vergangenen Legislatur, wurden zahlreiche Vorhaben verschleppt. Gemeinsam mit anderen Umweltverbänden drängen wir darauf, die erforderlichen Voraussetzungen wie die Förderrichtlinien des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz zu verabschieden. Sie sind unerlässlich, um die eingeplanten dreieinhalb Milliarden Euro für Maßnahmen gegen Klima- und Artenkrise tatsächlich auszugeben. Ein Wandel in der Landnutzung, um Kohlenstoff-Emissionen zu senken, drängt,

ist jedoch – wie beispielsweise eine Wiedervernässung von Mooren – sehr zeitintensiv. Mit unserer im Mai gewonnenen Klimaklage zu Landnutzungsänderung vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg haben wir den Druck auf die Bundesregierung, endlich zu handeln, erhöht.

Auch auf europäischer Ebene gibt es dramatische Rückschritte im Naturschutz. Und dennoch auch einen echten Sieg: Nach über zwei Jahren Verhandlungen und zeitweiligen Blockaden einiger EU-Mitgliedsstaaten wurde das Nature Restoration Law Mitte Juni angenommen!

Dies ist ein wichtiges Signal und die rechtliche Verpflichtung zur Wiederherstellung der Natur für die europäische Umweltpolitik. Diese Lücke wurde zuvor von verschiedenen wissenschaftlichen Beratungsgremien der Bundesregierung erkannt: In einem gemeinsamen Gutachten forderten



# Stoppen Sie mit uns die Zerstörung unserer Meere!

Mit dem Beginn der Urlaubssaison rücken die deutschen Küsten wieder vermehrt ins Blickfeld vieler Menschen. Doch während sich Reisende an den Küsten Erholung versprechen, ahnen viele nicht, dass es in unseren Meeren alles andere als erholsam zugeht.

**O** bwohl fast die Hälfte der deutschen Meere als offizielle Meeresschutzgebiete gelten, besteht der Schutz für die Unterwasserwelt meist nur auf dem Papier. Erholung für die Meeresbewohner? Fehlanzeige!

## Sogenannte „Schutzgebiete“ gleichen eher Industriegebieten

Denn echte Rückzugs- und Erholungsorte sucht man vergeblich. Stattdessen sind Schiffsverkehr, Rohstoffabbau, Fischerei und militärische Nutzung allgegenwärtig und lassen kaum Raum für eine intakte Unterwasserwelt. Besonders besorgniserregend ist zudem die Entscheidung des Bundeswirtschaftsministeriums, unsere Meere für die unterirdische Deponierung von CO<sub>2</sub> nutzen zu wollen. Dadurch sind weitere

Belastungen durch Bohrinnseln, Pipelines und verstärkten Schiffsverkehr für Monitoring und Wartung vorprogrammiert. Und es besteht das Risiko von Leckagen – mit möglicherweise verheerenden Auswirkungen auf die ohnehin schon bedrohte Biodiversität.

## Gesunde Meere entscheidend im Kampf gegen die Klimakrise

Im Kampf gegen die Biodiversitäts- und Klimakrise sind gesunde Meere unser wichtigster Verbündeter und unser aller Lebensgrundlage. Denn sie regulieren das Klima, speichern Kohlenstoff und produzieren den Sauerstoff, den wir atmen. Doch sie können diese Funktionen nur erfüllen, wenn wir sie vor Übernutzung schützen. Die Politik muss jetzt handeln und ihre Meeresschutz-

versprechen umsetzen, bevor es endgültig zu spät ist.

## Werden Sie jetzt mit uns aktiv!

Unterzeichnen Sie unsere Petition und setzen Sie sich für unsere Meeresschutzgebiete ein. Fordern Sie die Politik auf, die gegenwärtige Zerstörung unserer Meere, die nicht einmal ausgewiesene Schutzgebiete verschont, zu unterbinden und damit echten Meeresschutz voranzutreiben. (fla) ■




Jetzt unterschreiben

[l.duh.de/ms24](https://l.duh.de/ms24)



## Gewinnen Sie Mehrweggetränke für ein Jahr!

**B** is Ende Juli können 16 Haushalte ein ganzes Jahr Freigetränke in Mehrwegflaschen im Wert von jeweils 1.000 Euro gewinnen und erleben, wie einfach es ist, mit Mehrweg Ressourcen, Energien und Treibhausgas zu sparen. Egal ob Wasser, Limo, Saft oder Bier – Hauptsache in regionalen Mehrwegflaschen!

### Fürs Klima und die Umwelt: Mehrweg

Mehrwegflaschen aus Glas können bis zu 50 Mal wiederbefüllt werden. Einwegplastikflaschen und Getränkedosen werden einmal benutzt direkt zu unnötigem Müll. Zeit, dass wir unser Mehrwegsystem mehr nutzen. (aw) ■

Mehrweg ist Klimaschutz

HALLO MEHRWEG-TSCHÜSS MÜLL!



Machen auch Sie mit und sichern Sie sich die Chance auf Freigetränke im Wert von 1.000 Euro:

[l.duh.de/mwikgewinn](https://l.duh.de/mwikgewinn)







# Mit Aufforstung dem Klimawandel trotzen

Die fruchtbaren Hänge am Ufer des Kivu sind durch Entwaldung und Bewirtschaftung stärker der Erosion ausgesetzt.

Ruanda liegt im Herzen Ostafrikas, mit etwa zwölf Millionen Menschen ist es so dicht besiedelt wie kaum ein anderes Land der Welt. Am Kivu-See, einem der afrikanischen Großen Seen, ist der Global Nature Fund (GNF) im Biodiversitäts- und Klimaschutz aktiv.

■ von Alena Hayer



In Ruanda gibt es eine Vielzahl von Initiativen und Gesetzen gegen Umweltverschmutzung, wie das Verbot von Plastiktüten, das seit 2008 im ganzen Land gilt. Dass Kigali als sauberste Stadt Afrikas bezeichnet wird, ist keine Übertreibung. Ich reise von Kigali aus quer durchs Land zum Kivu-See. Die Landschaft ist fruchtbar und wunderschön. Überall am Straßenrand sind geschäftige Menschen, die zu Fuß, auf Fahrrad oder Motorrädern, in Jeans und Hemd oder traditioneller Kleidung den unterschiedlichsten Tätigkeiten nachgehen.

Als der Kivu-See in Sicht kommt, fällt mir direkt auf: Vielerorts reichen Äcker und Siedlungen nahe ans Ufer heran, obwohl eine Pufferzone von 50 Metern vorgeschrieben ist. Die vorgeschriebene Pufferzone von 50 Metern an den Uferstreifen wird oft nicht

Modernere Kochhöfen sind effizienter und reduzieren den Holzverbrauch.

eingehalten. Erosion und unzureichendes Landmanagement stellen ein Risiko für Mensch und Natur dar. Dem wirken wir entgegen. Gemeinsam mit unserer Partnerorganisation Albertine Rift Conservation Society (ARCOS) setzen wir Umweltschutzmaßnahmen um. Dazu gehören das Aufforsten der steilen Hänge am Kivu-Ufer sowie Workshops für die Menschen. Lokale Fachleute schulen die Anwohnerinnen und Anwohner in nachhaltiger Fischerei und Landwirtschaft. Als zuständige Projektmanagerin für den GNF konnte ich mir vor Ort einen Eindruck vom Fortschritt unserer Arbeit am Kivu-See verschaffen.

## Gemeinsam CO<sub>2</sub>-Ausstoß senken

Maßnahmen wie Terrassierung, Flussuferbefestigung und Aufforstung mit heimischen

Baumarten reduzieren die Bodenerosion und unterstützen die Anpassung von Natur und Mensch an den Klimawandel. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Stärkung lokaler Gemeinschaften. Auch Jugendliche und Studierende sind in die praktischen Naturschutz- und Restaurierungsmaßnahmen eingebunden. Mit angepassten Technologien wie solarbetriebenen Bewässerungssystemen und effizienten Kochherden reduzieren die Menschen ihren Bedarf an Feuerholz und verringern so den CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

Mit unseren Projekten zum Seenschutz erreichen wir viele Menschen in Ruanda. Ich darf an zwei Workshops zu nachhaltiger Bewirtschaftung teilnehmen. Obwohl ich weder die Sprache noch die Tanzschritte kenne, werde ich herzlich in die traditionellen Gesänge und Tänze eingebunden. Schon bald befinde ich mich mit 50 Fischerinnen und Fischern im Gleichschritt.

Ruanda ist vom dunklen Kapitel des Völkermords im Jahr 1994 noch immer gezeichnet. Gerade deshalb haben mich der Zusammenhalt, der Optimismus und der unermüdliche Kampf der ruandischen Bevölkerung für eine friedliebende Gesellschaft tief beeindruckt und inspiriert.



Mehr zum Living Lakes Biodiversitäts- und Klimaprojekt finden Sie unter [globalnature.org/LLBCP](https://globalnature.org/LLBCP)



Gefördert von

Supported by:



based on a decision of the German Bundestag





Trotz der starken Belastung kehren nach und nach zahlreiche Vogel- und Entenarten, Fische und Insekten an und in den See zurück.

## Ein Versprechen an die Zukunft

70 Jahre lang diente der Crivitzer See zuerst der Entsorgung von Weltkriegswaffen, dann als Abwasserauffangbecken während der gesamten DDR-Zeit. Bürgerinitiativen schließen sich nun zusammen, um die Kriegsgeräte zu bergen und den See zu renaturieren.



Unter der Wasseroberfläche des Crivitzer Sees verbirgt sich ein Stück deutsche Geschichte: Nach dem Ende des

Zweiten Weltkriegs wurden Zeitzeugenberichten zufolge Waffen, Sprengkörper aller Art, ganze Fahrzeuge und sogar kleinere Panzer in dem aktuell 37 Hektar großen See versenkt – mit verheerenden Folgen für das Ökosystem. Die ungeklärt abgeleiteten Abwässer aus DDR-Zeiten verschlimmerten die Situation. 2015 noch stufte das Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern in einem Gutachten den im Westen des Landes gelegenen See als nähr- und schadstoffbelastet ein.

Neun Jahre später, im März 2024, ernennen der Global Nature Fund (GNF) und das Netzwerk Lebendige Seen Deutschland den Crivitzer See in Mecklenburg-Vorpommern zum „Lebendigen See des Jahres 2024“. Die Auszeichnung ist eine Anerkennung für kontinuierliche Bemühung engagierter Bürgerinnen und Bürger, den durch Krieg und Abwässer stark belasteten See zu renaturieren.

### Renaturierung mit Bürgerbeteiligung

Trotz der starken Belastung gewinnt die Natur am Crivitzer See langsam und mühsam ihren Platz zurück: Graugänse, Hau-



Der vergleichsweise kleine See liegt idyllisch zwischen Feldern und Wäldchen in Mecklenburg-Vorpommern, unweit von Schwerin.

bentaucher und einige Entenarten sind hier wieder zu Hause; eine vielseitige Insekten- und Fischwelt hat sich entwickelt. Bürgerinitiativen setzen sich seit Jahren für die Renaturierung des Sees ein. Im April 2024 beschlossen sie die Gründung des Vereins „Zu neuen Ufern“. Er übernimmt die Planung des Renaturierungsprozesses sowie eines soziokulturellen Entwicklungskonzepts für den See und die Region. Fachleute wie Bürger sollen aktiv an dem Projekt mitwirken. Bereits bei der Auftaktveranstaltung zeigte sich das große Interesse an dem Verein.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) plant, 2024 eine eigene Ortsgruppe am Crivitzer See zu gründen, die mit der BUND-Gruppe Schwerin kooperieren und von deren Erfahrungen im Sennaturschutz profitieren wird.

„Die Auszeichnung als ‚Lebendiger See des Jahres‘ durch den Global Nature Fund ist ein Versprechen an die Zukunft des Crivitzer Sees“, sagt Corinna Cwielag, Landesgeschäftsführerin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern: „Der Crivitzer See ist ein Schatz für die Stadt, der engagierte Freunde braucht.“

### Umwelt als stilles Kriegesopfer

Der Crivitzer See ist nur eines von vielen vom Krieg betroffenen Ökosystemen weltweit. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat zwischen 1999 und 2009 die Umweltauswirkungen von über 20 Kriegen und Konflikten untersucht – vom Kosovo bis Afghanistan, Sudan und dem Gazastreifen – und festgestellt, dass bewaffnete Konflikte der Umwelt und den Gemeinden, die von natürlichen Ressourcen abhängig sind, erhebliche langfristige Schäden zufügen. Im Kontext aktueller Konfliktsituationen und neuer Herausforderungen wird der Crivitzer See auch zum Mahnmal für die Menschen und gleichzeitig zum Symbol für die Kraft einer starken Gemeinschaft. (es, kw) ■

Gefördert von







Sinnvolles Geschenk von Unternehmen an Mitarbeitende und Kunden: Schukat electronic nahm seine 60-Jahr-Feier zum Anlass, sich mit uns für Wildbienen-Schutz zu engagieren. Die Gäste dürfen sich über eine Urkunde freuen.

# Zum Firmenjubiläum: Unternehmen verschenkt Naturschutz

Es müssen nicht immer Wein oder Pralinen sein: Ein ganz besonderes Geschenk hat das Unternehmen Schukat electronic aus Monheim bei Düsseldorf den Gästen seiner Feier zum 60-jährigen Jubiläum gemacht. Sage und schreibe 215 Bienen-Geschenkpateenschaften über jeweils 50 Euro!

Schukat unterstützt gemeinsam mit seinen Gästen unsere wichtige Arbeit zum Schutz der Wildbienen. Und ganz nebenbei bringt das Unternehmen viele seiner Gäste überhaupt erst mit dem Wildbienenschutz und mit der Deutschen Umwelthilfe in Kontakt – das ist zusätzlich wertvoll. Dafür sagen

wir ein großes Dankeschön und grüßen mit herzlichen Glückwünschen zum 60-jährigen Firmenjubiläum!

Wenn auch Sie mit Ihrem Unternehmen Gutes für Natur und Klima bewirken möchten, kommen Sie auf uns zu! (gs) ■



## Nehmen Sie Kontakt auf

Alle Unternehmen, deren Werte zu uns passen, sind herzlich willkommen, sich mit uns zu engagieren. Wenden Sie sich mit Ihren Ideen gerne an:

Gaby Schneider, Ansprechpartnerin für Unternehmenskooperationen,  
[schneider@duh.de](mailto:schneider@duh.de)



## Unsere Bienen-Patenschaft

Wir kämpfen gegen Pestizide und für gesunde Landschaften. Damit helfen wir nicht nur den Honigbienen, sondern auch ihren wilden Verwandten. Hierzulande sind mehr als 500 Wildbienenarten heimisch, die meisten sind bedroht. Sie alle brauchen blühende Pflanzen als Nahrung. Wiesen und Gärten, Wildkräuter am Weges- oder Waldrand sowie Hecken bieten ihnen eine Nektar- und Pollenmahlzeit. Auch Obstbäume und andere Kulturpflanzen werden angefliegen. Hierbei bestäuben die Bienen ihre Nahrungspflanzen – eine unbezahlbare Leistung für die Landwirtschaft und für die biologische Vielfalt.

# Prägnante Botschaften in leuchtenden Farben

Mit seiner Kunst möchte er Menschen zum Nachdenken und zur Diskussion anregen. Seine Ausdrucksform: Street Art. Nicht auf der Straße, sondern in den Berliner Geschäftsräumen der DUH ist seit April 2024 ein Jahr lang die neue Ausstellung „Another day in paradise ...“ des in Hamburg lebenden Künstlers LAPIZ zu sehen.



**M**an findet die fantasie- und anspruchsvollen Arbeiten von LAPIZ im Großformat an Wänden, Mauern oder zum Beispiel dem S-Bahnhof Veddel seiner Wahlheimat Hamburg, manchmal aber auch auf Leinwand. Als Künstler gearbeitet hat er unter anderem in Südafrika, Neuseeland und Argentinien, ausgestellt in vielen weiteren Ländern dieser Welt.

Mittels Stencils, einer Schablonentechnik, bringt er seine gesellschaftskritischen Statements in den öffentlichen Raum. „Der Vorteil ist, Menschen ansprechen zu können, ohne dass diese in eine Ausstellung oder Galerie gehen müssen“, sagt Wenzel Czepluch, wie LAPIZ mit bürgerlichem Namen heißt. „Die Motive sind so gestaltet, dass sie auf den ersten Blick bunt und vielleicht auch dekorativ wirken. Das ist gewollt, weil es dadurch einfacher wird, die Aufmerksamkeit auf sie zu lenken und so mehr Zeit bleibt, Inhalte zu vermitteln. Ob nun in der Öffentlichkeit oder in privater Umgebung, der Kernpunkt meiner Arbeit ist, die Menschen nicht nur zum Sehen, sondern auch zum Begreifen und Handeln zu bewegen.“

Seine Themen sind die Klimakrise, sauberes Trinkwasser, Lebensmittelverschwendung, Greenwashing und andere Ungerechtigkeiten unserer Welt. Umweltschutz ist für LAPIZ immer ein Teil der Lösung. (ak) ■



## Besuchen Sie uns!

Der Künstler spendet einen Teil des Verkaufserlöses an die DUH. Für Anfragen zu einem Besichtigungstermin in unseren Büroräumen oder zum Kauf eines Kunstwerkes wenden Sie sich an

**Claudia Tauer**  
Deutsche Umwelthilfe e. V.  
tauer@duh.de, 030 2400867-641

Mehr zum Künstler, seinem Werk, Ausstellungskatalog und Kontaktdaten finden Sie hier



[l.duh.de/kunstfuerdieumwelt24](http://l.duh.de/kunstfuerdieumwelt24)

Anzeige

## politische ökologie

Für alle, die weiter denken.

### Akklimationierung

#### Lokale Anpassung an den Klimawandel

Städte und Regionen sind in der Umweltpolitik gefragt wie nie! Denn von ihnen hängt die praktische Umsetzung übergeordneter umwelt- und klimapolitischer Ziele ab. Für die örtlichen Verwaltungen ist Klimawandelanpassung eher eine neue Querschnittsaufgabe, die noch eine Menge Fragen aufwirft, weil sie auch diverse andere umwelt- und sozialpolitische Themenfelder und -politiken berührt. Daraus ergeben sich für das praktische Verwaltungshandeln Synergien, aber auch Zielkonflikte.

Mitherausgegeben von der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft



[www.politische-oekologie.de](http://www.politische-oekologie.de)



Für 15,99 € auch als E-Book erhältlich



politische ökologie (Band 176):  
Akklimationierung – Lokale Anpassung  
an den Klimawandel  
128 S., 19,95 Euro  
ISBN 978-3-98726-082-7  
ePDF-ISBN 978-3-98726-320-0



# Sie stellen die Weichen

Im Mai wurde der neue Bundesvorstand in unserem Verein gewählt: Er wird in den kommenden vier Jahren gemeinsam mit der Geschäftsführung die strategische Ausrichtung der DUH definieren.



Vlnr: Prof. Dr. Margit Mönnecke, Vorsitzende; Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler, Stellvertretender Vorsitzender; Michael Rothkegel, Stellvertretender Vorsitzender; weitere Mitglieder im Bundesvorstand: Jörg Dürr-Pucher, Susanne Gerstner, Burkhard Jäkel, Prof. Dr. Jens Pape, Susanne Schubert

Professorin Dr. Margit Mönnecke ist von unseren Delegierten zur Vorsitzenden des Bundesvorstands gewählt worden und damit die erste Frau an der Spitze der DUH. Sie gestaltet bereits seit zwanzig Jahren die Arbeit der DUH im Vorstand mit.

## Im Natur- und Umweltschutz verwurzelt

Als Vorstandsvorsitzende folgt Margit Mönnecke auf Harald Kächele, der Ende Februar dieses Jahres verstorben ist. Umweltschutz ist der promovierten Landschaftsplanerin persönlich ein wichtiges Anliegen, sie hat ihn zunächst freiberuflich, dann forschend und lehrend voran gebracht. Mit ihr bilden Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler und Michael Rothkegel als Stellvertreter die DUH-Vorstandsspitze.

**» Als Vorstand wollen wir weiterhin die Rahmenbedingungen für die enorm erfolgreiche Arbeit schaffen. «**

Prof. Dr. Margit Mönnecke

## Vorausdenken und den Rahmen vorgeben

Unser Vorstand legt die strategischen Linien des Vereins fest und überwacht die Geschäftsführung. „In unserer schlanken Organisationsstruktur – eine der großen Stärken der DUH – arbeiten der ehrenamtliche Vorstand, die Geschäftsführenden und die mehr als 200 DUH-Mitarbeitenden eng zusammen, um nachhaltige Lösungen im Natur-, Klima- und Verbraucherschutz in die Praxis zu tragen und durchzusetzen“, fasst Margit Mönnecke das gemeinsame Wirken zusammen. „Mein Ziel ist es, mit dem Bundesvorstand die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, die enorm erfolgreiche Arbeit fortführen zu können und die Geschäftsführung dabei bestens zu unterstützen. Wichtig ist mir, weiter den Kreis der in der DUH ehrenamtlich Engagierten zu vergrößern.“ (jk) ■



# Wir trauern um Barbara Bahle

Vor wenigen Wochen ist Barbara Bahle, langjährige Assistentin der Geschäftsführung der Deutschen Umwelthilfe, nach schwerer Krankheit mit 76 Jahren viel zu früh verstorben. Barbara hat die DUH seit deren Gründung maßgeblich mitgeprägt.



Fast ihr ganzes Berufsleben hat sie der DUH gewidmet. Wer in der Geschäftsstelle anrief, landete ganz oft bei Barbaras angenehmer Telefonstimme. Damals gab es weder Handys noch E-Mail. Während deren

Amtszeiten war sie Ansprechpartnerin für die Vorsitzenden Hermut Ruland, Gerhard Thielcke und Harald Kächele. Den Geschäftsführern Jürgen Resch, Jürgen Rosemund und Jörg Dürr-Pucher hat sie in hervorragender Weise zugearbeitet. Sie war seit den Gründungsjahren die Tür zur Geschäftsführung und trug so maßgeblich dazu bei, dass die DUH heute eine der schlagkräftigsten Umwelt-, Natur-, Klima- und Verbraucherschutz-Organisationen geworden ist.

Als junge Frau war sie mit ihrer motivierenden Art wesentlich daran beteiligt, dass die DUH erste Organisatoren und Förderer der Haus- und Straßensammlung fand.

Barbaras Wirken zeigt, dass neben Innovation, Wechsel und Veränderung auch

Beständigkeit und Verbundenheit mit einer NGO ein wesentliches Element für erfolgreiche Arbeit und gute Entwicklung einer Organisation ist. Funktionierende Teams bestehen aus dem richtigen Mix von erfahrenen und jungen Mitarbeitenden.

Bis zuletzt konnte Barbara mit ihrem Mann Manfred in Hemmenhofen am Bodensee, unweit des Kattenhorner Schlosses, der Geburtsstätte der DUH, selbstbestimmt leben. Der Garten, die Natur und das Kochen gehörten zu ihren Hobbies. Bis wenige Wochen vor ihrem Tod pflegte sie zu Aktiven sowie im Ruhestand befindlichen Kolleginnen und Kollegen Kontakt. Wir werden unsere Barbara, ihren Mut, ihre Zuversicht und Lebensfreude nicht vergessen. (jdp) ■

Fotos: DUH

Anzeige

## Umwelt bewahren – Zukunft gestalten

**Bestellen Sie jetzt den Testamentsratgeber!**

Als Teil eines großen Kreislaufs der Natur hinterlassen wir alle Spuren auf dieser Welt. Doch wer die Zukunft über das eigene Leben hinaus gestalten möchte, benötigt ein Testament. Wie Sie Ihren letzten Willen rechtssicher aufsetzen und welche Gestaltungsmöglichkeiten Sie haben, erklären wir in unserem neuen Testamentsratgeber. Fordern Sie jetzt kostenlos unseren Ratgeber mit Tipps und Checklisten zur Testamentsgestaltung an.

Sie denken darüber nach, die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe in Ihrem Testament zu bedenken? Wir unterstützen Sie sehr gerne dabei. Kontaktieren Sie uns für Beratung und Unterstützung – wir nehmen uns Zeit für Ihre Anliegen und Gedanken.

**Bestellungen und Beratung:**

Jutta Windeck  
Deutsche Umwelthilfe e. V.  
Tel. +49 30 2400876-516  
windeck@duh.de







# Nicht ohne meine Krebschere

Nach zwei bis drei Jahren unter Wasser fährt sie aus der Haut. In den kommenden sechs bis acht Wochen, die ihr noch bleiben, geht sie auf Jungfernflug und macht die Welt bunter – aber leider immer seltener. Leben und Zukunft der Grünen Mosaikjungfer sind eng verknüpft mit einer einzigen Wasserpflanzenart.

■ von Peer Cyriacks

**K**limaforscherin Nele Jacobs stapft an einem wolkenverhangenen Julimorgen durch das niedersächsische Teufelsmoor nördlich von Bremen. Ihre Gummistiefel quietschen im durchtränkten Boden. Bis vor wenigen Jahrzehnten wurde hier noch Torf abgebaut, der in ganz Norddeutschland als Brennstoff diente. Diese Zeiten sind vorbei.

Jacobs liest ihre Datenlogger aus, die Aufschluss über die Klimaemissionen geben, die der über Jahrhunderte trockengelegte Moorboden Tag für Tag abgibt. An einem der vielen hundert Entwässerungsgräben, die sich hier durch die platte Landschaft ziehen, fällt ihr eine große grüne Libelle mit riesigen Facettenaugen auf, die ihren Hinterleib an eine unscheinbare Wasserpflanze presst. Eine solche Libelle hat sie bisher noch nie gesehen, obwohl sie hier oft zu Fuß unterwegs ist. Die Libelle klettert rasch rückwärts an einem spitz zulaufenden Blatt der Wasserpflanze herab, bis sie zur Hälfte im Wasser verschwindet und wiederholt dies an noch mehreren Blättern.

## Obdach für Eier und Larven

Die Wissenschaftlerin wurde Zeugin der Eiablage der sehr seltenen Grünen Mosaikjungfer. Norddeutschlands Feuchtgebiete sind Lebensraum vieler spezialisierter Arten, die es anderswo schwer haben. Die Grüne Mosaikjungfer, wissenschaftlich *Aeshna viridis*, ist eine hochspezialisierte Libellenart, die nur noch in wenigen Feuchtgebieten Deutschlands vorkommt. Die auffällige grüne Färbung der Weibchen und ihr eleganter Flug machen sie zu einem beliebten Anblick für Naturliebhaber und Fotografen. Doch neben ihrer Schönheit zeigt die Grüne Mosaikjungfer auch interessante Verhaltensweisen. Das Leben der großen grünen Libelle ist eng an die Krebschere gebunden. Nur an, oder besser gesagt in diese Wasserpflanze kann das Weibchen ihre befruchteten Eier einstecken und eine neue Generation Larven wächst in den Blattrossetten heran. Da die Krebschere wiederum selten geworden ist, sind Mosaikjungfer und Krebschere ein gleichermaßen bedrohtes Duo. Die beiden waren





Männliche und weibliche Libelle bilden gemeinsam während des Paarungsaktes ein Paarungsrade - sogar im Flug.

einst in Talauen und an den Unterläufen großer Flüsse häufig, wo sie Altarme und andere, meist stehende Gewässer, besiedelten. Die Krebssschere aber reagiert empfindlich auf Gewässerverschmutzung und Nährstoffeinträge.

Außerdem bilden Krebssscheren bei guten Wachstumsbedingungen sehr dichte Bestände, die von den Wasserverbänden, Anglern und anderen Gewässernutzern oft hartnäckig, manchmal unwissend, aber immer illegal – entfernt werden. Dies hat die Krebssschere auf die Rote Liste gebracht und mit ihr die attraktive Libelle.

### Farbenprächtige Flugakrobaten

Grüne Mosaikjungfern jagen im Flug kleine Insekten wie Fliegen und Mücken. Ihren schnellen Flügelschlag kann man dabei meist deutlich hören. Um ihre Beute zu fangen, nutzen sie ihre ausgezeichnete Manövrierfähigkeit. Diese nutzen die männlichen Tiere auch, um ihr Revier gegen Artgenossen und andere Eindringlinge zu verteidigen. Ihre Territorien errichten sie oft über Gewässern oder entlang von Ufern, um Weibchen anzulocken und dort Paarungsmöglichkeiten zu sichern. Männliche Grüne Mosaikjungfern sind längst nicht so grün wie die Weibchen, sondern eher blau mit brauner Zeichnung. Waren sie auf der Suche nach einer geeigneten Partnerin erfolgreich, formen sie mit dem Weibchen das Paarungsrade – eher ein Paarungsherz, in dem sie sogar fliegend unterwegs sind. Dieses Verhalten ist nicht nur irgendwie romantisch anzusehen, sondern ermöglicht es dem Männchen auch, Spermien in die weibliche Samenaufbewahrung, die sogenannte Spermathek zu übertragen.



Die Libellenlarve verbringt ihr ganzes Leben in nur einer Pflanze, der Krebssschere, die schützt sie mit ihren Blättern vor Fressfeinden und im Winter vor dem Kältetod.

### Zusammen untergehen und überleben

Die Eier überwintern in den Blättern der Krebssscheren, wo die Weibchen sie nach der Paarung abgelegt haben. Erst im nächsten Sommer schlüpfen die Larven. Diese leben für zwei bis drei Jahre räuberisch unter Wasser. Ihr Überleben verdanken sie auch wieder ihrer Krebssschere. Fische als potenzielle Fressfeinde halten sich meist fern von den scharfkantigen Blättern. Im Herbst, wenn es kalt wird oder das Gewässer sogar zufriert, sinkt die schwimmende Pflanze auf den frostfreien Grund und mit ihr die Larven.

Wenn die Entwicklung abgeschlossen ist, klettern die Larven aus dem Wasser hervor und klammern sich an die Wasserpflanze. Dort verharren sie. Am Rücken der Larve springt der Panzer hervor und eine völlig veränderte Gestalt schält sich aus der Haut der Larve – eine erwachsene Libelle. Es dauert eine Weile, bis ausreichend Körperflüssigkeit in den langen Hinterleib und die Flügel gepumpt wurde und die Libellenhaut getrocknet ist. Danach schwirrt eine neue Grüne Mosaikjungfer einen Sommer durch die Landschaft.



### Steckbrief:

**Grüne Mosaikjungfer** (*Aeshna viridis*)

**Familie:** Edellibellen (Aeshnidae),  
**Gattung:** Mosaikjungfern (*Aeshna*)

**Aussehen:** Körperlänge bis 7,5 cm, Flügelspannweite bis 8,5 cm. Weibchen überwiegend hellgrün mit brauner Rückenzeichnung. Männchen überwiegend hellblau mit brauner Rückenzeichnung.

**Nahrung:** Sowohl die Larven als auch die erwachsenen Tiere erbeuten kleinere Insekten.

**Feinde:** Fische fressen die Larven; Vögel und Radnetzspinnen jagen erwachsene Libellen.

**Vorkommen:** Norddeutsches Tiefland, Osteuropa, Baltische Staaten mit isoliertem Vorkommen in Zentralrussland.

**Gefährdung:** In der Roten Liste Deutschlands in der Kategorie „stark gefährdet“ geführt. Streng geschützt in der EU und in Deutschland.



# Klimaklagen- Pate werden!



**Grandioser Erfolg:** Mit unseren Klagen zwingen wir die Bundesregierung zu echtem Klimaschutz. **Stellen Sie sich hinter uns!**  
[www.l.duh.de/klimaklagenpate](http://www.l.duh.de/klimaklagenpate)

Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell | Tel. 07732 9995-0 | Fax 07732 9995-77 | [info@duh.de](mailto:info@duh.de) | [www.duh.de](http://www.duh.de)  
Unser Spendenkonto: SozialBank | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft

